

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr.: 3705.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Bismarckstr. 10.

Inserate  
für die viergespaltene Zeitschrift oder deren Raum 40  $\frac{1}{2}$ ,  
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\frac{1}{2}$ ,  
Veranstaltungsanzeigen 10  $\frac{1}{2}$ . Beilagen nach Vereinbarung.

# Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

**Husum. (Telegr.)** Wegen Maßregelung seitens der Firma Köhn & Co. ist Zuzug von Tischlern, Polirern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten.

**Posen. (Telegr.)** Die Werkstatt Silberbrandt ist gesperrt worden. Zuzug fern halten.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Stolp in Pommern, Höchst a. M., Hamburg (Schilling), Zittau (Paul Lippmann), Helmstedt (Richard Saalfeld), Ohligs (Geb. Blücker), Spremberg (Kiefer);

Tischlern, Stuhlbauern, Polirern, Drechslern, Bildhauern und Maschinenbauern nach Leisnig (Zemert & Mary);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühlberg a. Jun und Neusorg i. Fichtelgebirge (Firma Kempf & Gelger);

Umbaumachern und Fournirern nach Jena (Glaser);

Korbmachern nach Kößschenbroda (Kühn);

Korbschneidern nach Bonn (Dornbusch);

Stellmachern und Tischlern nach Ronneburg (Fried. Hering, Deutsche Automobil-Industrie).

### Von der „gesicherten und guten Existenz“ der Arbeiter.

In seiner Breslauer Rede, die er zu einer von den Fabrikanten entsandten „Arbeiterdeputation“ hielt, hat der Kaiser auch von der sozialen Gesetzgebung gesprochen, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden sei bis in's Alter hinein, unter Auserlegung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Für diese Fürsorge forderte er den Dank der Arbeiter an die Monarchie, die Regierung und die Arbeitgeber, der darin seinen Ausdruck finden soll, daß die Arbeiter sich von der Sozialdemokratie abwenden. Niemand hätte mehr Ursache, gegen diese Verkopplung zweier Dinge, die nichts mit einander zu thun haben, zu protestiren, als die Unternehmerpresse; aber sie ist offenbar zum dumm, um das zu begreifen.

Da in der Unternehmerpresse aber des Ofteren von diesen Segnungen die Rede ist, welche die deutsche Arbeiterschaft angeblich durch die Arbeiterversicherung und zwar auf Kosten und unter erheblichen Opfern des Unternehmertums erfährt, ist es nicht unangebracht, der Sache einmal auf den Grund zu gehen. Zunächst, was die gesicherte und gute Existenz anbetrifft, die dem Arbeiter mittelst der Sozialgesetzgebung bis in's hohe Alter hinein garantiert ist, da wird ja nun stets mit den hohen Zahlen paradiert, geht man der Sache aber auf den Grund, so wird man dann finden, was der Arbeiter, der sich im praktischen Leben dieser Versicherungsmittel bedienen muß, fast alltäglich erfahren muß: daß die Aufwendungen für die einzelnen Arbeiter nur verhältnismäßig geringe sind, und daß ihre Höhe jedenfalls Niemand Berechtigung giebt, von ihnen als von gesicherten und guten Existenzbedingungen zu reden.

Wir werden das gleich bestätigt finden, wenn wir die zahlenmäßigen Ergebnisse der Arbeiterversicherungsgesetze in Vergleich ziehen. Wir bedienen uns dabei des Leitfadens zur Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches, der vom Geheimrath Dr. Jacher, Senatsvorstehenden im Reichsversicherungsamt, verfaßt worden ist. Aus ihm entnehmen wir folgende Zahlen: Die Zahl der Lohnarbeiter in Deutsch-

land wird mit 14 Millionen angegeben. Im Jahre 1900 waren gegen Krankheit 10 156 500, gegen Unfälle 18 892 900, gegen Invalidität 13 015 000 Personen versichert. Unter den Unfallversicherten befinden sich außer den Betriebsbeamten und Kleinen Unternehmern, die zum Theil auch versichert sind, 4 890 000 Landbesitzer, die eine Bodenfläche unter zehn Hektar ihr eigen nennen. Diese müssen natürlich ihre Versicherungsprämien selbst bezahlen. Bei der landwirthschaftlichen Unfallversicherung sind die Prämien und daher auch die Leistungen noch viel geringer als bei der Gewerbeunfallversicherung. Zu entschädigen waren auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes 4 014 600, des Unfallversicherungsgesetzes 705 300, des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes 889 700 Personen, in Summa 5 609 600 Personen. Die Ausgaben für Krankenversicherung betragen M 185 255 098, für Unfallversicherung M 100 876 668, für Invaliditäts- und Altersversicherung M 78 211 000, in Summa M 359 342 764. Nun ist leider nicht ersichtlich, ob in der letzten Ausgabe-summe auch die Rücklagen zu den Reservefonds enthalten sind, zweifellos sind aber die hohen Verwaltungskosten darin enthalten; diese erreichen besonders bei den Unfallberufsgenossenschaften oft eine schwindelnde Höhe. Im Jahre 1898 betragen bei den Berufsgenossenschaften die Einnahmen M 87 380 000, dagegen die Verwaltungskosten M 12 000 000, also circa 15 pzt. Nach Abzug der Verwaltungskosten haben sich alsdann die 5 609 600 Unterstützungsberechtigten in die verbleibende Summe zu theilen.

Da uns die Details für 1900 nicht vorliegen, nehmen wir die detaillirten Nachweise von 1898, um festzustellen, was im einzelnen Falle als Unterstützung gewährt wird. Für einen Krankheitsfall, der durchschnittlich 16,8 Tage anhält, werden einschließlich ärztlicher Behandlung, Medikamente, Krankenhauspfege usw. M 37,92 durchschnittlich gewährt. Das bare Krankengeld beträgt 44  $\frac{1}{2}$  pzt. davon, also noch nicht M 1 pro Tag. Die landwirthschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen entbehren in ihrer großen Mehrheit heute noch dieser Versicherung.

Bei der Unfallversicherung, dem an sich besten unserer Versicherungszweige, kommt auf einen zu entschädigenden Betriebsunfall ein Beitrag von M 200, auf eine Unfallrente pro Jahr M 147,40. Die höchste Durchschnittsrente bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit beträgt M 1,60. Die niedrigste Durchschnittsrente bei eingebüßter Erwerbsfähigkeit bis zu 10 pzt. beträgt 9  $\frac{1}{2}$  pzt. pro Tag. Die durchschnittliche Invalidenrente betrug im Jahre 1898 M 130,75 oder pro Tag nicht ganz 36  $\frac{1}{2}$  s. Die durchschnittliche Altersrente betrug in demselben Jahre M 140,82 oder pro Tag circa 38  $\frac{1}{2}$  s. Seit 1898 sind diese Renten wohl durch die hinzugelommenen, bei denen eine größere Beitragsleistung zu Grunde gelegt ist, im Durchschnitt etwas gestiegen, 40  $\frac{1}{2}$  pro Tag übersteigen sie aber keinesfalls.

Es drängt sich uns nun die Frage auf: Haben die Rathgeber des Kaisers diesem auch mitgetheilt, daß Hunderttausende von den 671 000 Invaliden und Altersrentnern ihren Lebensunterhalt ausschließlich mit diesen 40  $\frac{1}{2}$  bestreiten müssen?

Und weiter: Haben die Rathgeber dem Kaiser auch auseinandergesetzt, was sich so ein unglückliches Menschenkind bei den gegenwärtigen Lebensmittels- und Wohnungspreisen für 40  $\frac{1}{2}$  pro Tag kaufen kann?

Und wenn es geschehen: Würde der Kaiser dann noch von einer guten gesicherten Existenz des Arbeiters bis in's hohe Alter gesprochen haben?

Was wird übrigens mit den gesunden, aber Monate lang arbeitslosen Arbeitern?

Doch nun zu den „schweren Lasten der Unternehmer“. Auf Seite 33 seines Werkes stellt Herr Geheimrath Dr. Jacher die Durchschnittsbeiträge pro Jahr wie folgt fest:

	Arbeitgeber M.	Arbeitnehmer M.	Reich M.	Zusammen M.
Krankenversicherung...	5,15	10,80	—	15,45
Unfallversicherung...	6,08	—	—	6,08
Invalidenversicherung...	4,65	4,65	2,88	12,18
Summa...	15,88	14,95	2,88	33,71

Also ein Arbeitgeber zahlt jährlich zur Versicherung eines seiner Arbeiter durchschnittlich M 15,88. Nimmt man nun an, daß ein Arbeiter im Jahre 300 Tage beschäftigt ist, so bezahlt der Arbeitgeber pro Arbeiter täglich circa 53  $\frac{1}{2}$  s. Das also ist die wirkliche amtlich festgestellte schwere Belastung der Arbeitgeber. Zahlt denn nun aber der Arbeitgeber diesen Betrag wirklich aus seinen Mitteln? In 90 von 100 Fällen ist dies sicher nicht der Fall; denn die Ausgaben für Arbeiterversicherung werden von den Unternehmern gebucht wie die Arbeitslöhne, die Miete usw., also als Geschäftskosten. Diese Kosten werden alsdann sicher in 90 von 100 Fällen auf den Preis des Produkts geschlagen, um auf die Schultern der Konsumenten abgewälzt zu werden. Im Uebrigen bildet der Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung einer Bestandtheil des Lohnes, den der Arbeiter rechtlich zu fordern hat. Diese Behauptung wird dadurch erhärtet, daß in unzähligen Fällen die Arbeitgeber kleine Lohnerhöhungen unter Hinweis auf die „so schwer drückenden“ Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung ablehnen.

Uebrigens ist diese Ansicht von Dr. Bödiker, dem ehemaligen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, auf dem internationalen Arbeiterversicherungskongress, der voriges Jahr in Düsseldorf stattfand, ganz entschieden vertreten worden. Bödiker, der jetzt Leiter eines großindustriellen Unternehmens ist, vertrat in Düsseldorf den Standpunkt, daß die ganze Arbeiterversicherungsgesetzgebung nicht zuletzt im Interesse des Staates und des Unternehmertums selbst liege. Er meinte, eine weise Staatskunst müsse dahin streben, unter Schonung der Besitzenden den Besitzlosen so viel zuzuwenden, wie nur irgend möglich sei. Die Schonung der Besitzenden sei nöthig von Rechts wegen und im Interesse der Erhaltung des Kapitals und der Bildung, dieser Hauptfaktoren des Fortschritts. Aber es liege doch im Interesse des Staates und des Unternehmertums, die Wehrkraft, die Schaffens- und Widerstandsfähigkeit des Volkes zu erhalten. Es sei denn auch der Behauptung entschieden entgegen zu treten, die in Unternehmerkreisen so oft Ausdruck finde, daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie durch die Versicherungsbeiträge leide und daß die von den Unternehmern geleisteten Beiträge den Arbeitern erwiesene Wohlthaten seien. Dr. Bödiker sagte hierzu wörtlich: „Gewiß darf der Akt nicht abgefragt werden, auf dem man steht. Allein fällt die Zeit des größten Aufschwungs der deutschen Industrie nicht genau mit der durchgreifenden Besserung der Lage der Arbeiter zusammen? Sind extraglich gestellte Arbeiter nicht leistungsfähiger als die Anderen? Und wie viel macht die ganze Arbeiterversicherung pro Kopf der Arbeiter im Jahresdurchschnitt aus? Mit dem Reichszuschuß zur Invalidenversicherung noch nicht M 34.“ Er wies dann auf die Lohnsteigerungen

hin und führte weiter aus: „Der Gesunde kann sich zehnmal eher helfen, als der Erwerbsunfähige. Darum werden die Arbeiterversicherungslasten höchstens die steigende Tendenz der Löhne aufhalten, niemals aber die Industrie und Landwirtschaft mehr schädigen können, als die Löhne selbst. Die internationale Konkurrenz reguliert unsere Löhne mit. Die Versicherungslasten findet sie als feststehende Lasten vor; es bleibt darnach als variabler Teil der Vorkosten.“

Also auch nach der Ansicht dieses Kenners ist der Versicherungsbeitrag nur ein Teil des Lohnes, welchen der Arbeiter durch seine Arbeit erwirbt.

Der Kaiser und seine Rathgeber wie das Unternehmertum befinden sich also mit den Thatsachen im Widerspruch, wenn sie unter Hinblick auf die Leistungen der Sozialgesetzgebung von einer gesicherten und guten Existenz der Arbeiter reden. Denn die Unterstellungen, die der deutsche Arbeiter auf diesem Wege erhält, sind, wie wir gesehen haben, so unzureichend, daß sie den Arbeiter in den Nothlagen des Lebens keineswegs vor Elend schützen. Im Effekt läuft diese Unterstützung überhaupt nur auf eine Ersetzung der Armenunterstützung hinaus.

Dann aber trifft es erst recht nicht zu, wenn davon gesprochen wird, daß die deutsche Sozialgesetzgebung dem Unternehmertum bedeutende Opfer auferlege, die im Interesse der Arbeiterschaft gebracht würden. Die Aufwendungen des Unternehmertums zu diesem Zwecke sind nur gering, sie werden im wohlverstandenen eigenen Interesse gebracht und werden auf die Arbeiterschaft als wieder abgewälzt.

Und dann: Ist das Wenige und Unzureichende an Sozialreform in Deutschland nicht dem Wirken der organisierten Arbeiterschaft selbst zu danken? Hat nicht Bismarck im Reichstage gesagt: „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform!“

Weshalb also Dank dieser Regierung und diesem Unternehmertum?

**Buchhausturs und kein Ende.**

Es war in der Mitte des Vorjahres. Die Stuttgarter Straßenbahner, die sich seit Jahren Druck und schlechte Behandlung hatten gefallen lassen, waren des Joches müde, in einen Ausstand getreten. Den Streikenden standen die Sympathien der gesamten Bevölkerung zur Seite, und auch alle Behörden ohne Ausnahme traten offen und thatkräftig für sie ein. Die bürgerlichen Sozialpolitiker schwammen in Wonne. Zwar mußten sie zusehen, wie die Kapitalmacht trotz alledem triumphierte, wie sie die Straßenbahner auf's Neue in das drückende, laubdünne Joch spannen konnte, nachdem sie sich der „unruhigeren Elemente“ ganz entledigt hatte. Doch trübte dieser Wehrmuthstropfen nur wenig ihre Freude, man nahm das schon mit in den Kauf, wo so Vieles sich gebessert hatte, wo ein Oberbürgermeister sich rückhaltlos für streikende Arbeiter ausgesprochen hatte und auch ein leibhaftiger Staatsminister für Anerkennung des Koalitionsrechtes seitens der Straßenbahngesellschaft eingetreten war. Anzeichen sozialen Fortschritts und sozialer Vorkwärtsentwicklung in Deutschland! so flüchtete es von allen Seiten aus dem nationalsozialen und demokratisch-mittelparteilichen Lager.

Und gar erst, als einen Monat später die württembergische und die Reichsregierung sich auf dem Gewerkschaftskongresse in Stuttgart vertreten ließ, da war der Freude und Wonne im Lager dieser sozialpolitisch harmlosen nun schon gar kein Ende. Sozialistengesetz und Amtsurborlage, Buchhausturs und 12 000 Mark-Beitel, die Streikpostensittanierungen und Erpressungsversuche gegen die Gewerkschaften — alles Das war vergessen, man sah nur noch die beiden Geheimräthe, die im Saale des Stuttgarter Gewerkschaftshauses Platz genommen hatten, um die württembergische und die Reichsregierung auf diesem Arbeiterkongresse zu vertreten, und man war gewiß, daß für die nächste Zukunft ein neues, besseres Zeitalter anbrechen werde, wo die Arbeiterschaft ihrer Rechte froh, wo die Gewerkschaftsbewegung auch bei den Behörden positive Würdigung und Förderung finden werde. Wie schnell und gründlich ist ihre Freude zu Wasser geworden!

Wir brachten schon vor einiger Zeit die Mittheilung, daß die drei jetzt bestehenden Eisenbahnerwerkstättenarbeiterorganisationen von Württemberg, Baden und Bayern den Zusammenschluß ihrer Verbände in eine einheitliche Organisation anstrebten. Man konnte diese Nachricht nur mit Freuden begrüßen, bedeutete doch diese Reorganisation gegen die bisherige Organisationspielerei, die sich streng im Rahmen der angefallenen Vaterländchen bewegte, einen merkwürdigen Fortschritt. Und wenn man gegen das Ganze Einwendungen machen konnte, so nur deshalb, weil die neue Organisation ausdrücklich erklärte, daß ihr eine Wahrnehmung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen aller im Eisenbahndienst beschäftigten Arbeiter nur möglich und zweckdienlich erscheine durch ein „gutes Einvernehmen mit allen vorgelegten Behörden und den direkten Vorgesetzten.“ Es schien uns naiv, von der ernsthaften Durchführung eines solchen Programms zu reden, da ein

„gutes Einvernehmen mit allen vorgelegten Behörden“ dann eben ein Nonpens ist. Um so verwunderlicher, daß trotz dieser Verbeugung der Werkstättenarbeiter vor den Behörden, trotz dieses gewiß loyalen Aushängeschildes, der bayerische und der württembergische Eisenbahngewaltige so wenig einverstanden sind mit dieser neuen Ordnung. Ihnen ist anscheinend jede Arbeiterorganisation ein Grauel, trotz § 152 der Gewerbe-Ordnung und trotz der häßlichen, günstigen Verbeugung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Wenn aber schon eine Arbeiterorganisation, dann aber nur im Bereich des engsten Vaterländchens, wo man die Arbeiter stets unter Kontrolle halten, ihnen wenn es hoch kommt, den Brotkorb höher hängen kann. So dachten wohl der bayerische und der württembergische Verkehrsminister. Denn wie wir bereits mitgetheilt haben, hat der Bayer seinen Werkstättenarbeitern jeden Urlaub zu der zwecks Verschmelzung der drei Verbände am 27. Dezember geplanten Konferenz verweigert, und von dem Württembergischen werden Dinge berichtet, die man in diesem „sozialpolitisch fortgeschrittenen“ Ländchen auch nicht im Entferntesten für möglich gehalten hätte. Der Generaldirektor der Württembergischen Staatseisenbahnen, ein Herr v. Balz, hat nämlich am zweiten Weihnachtstages (am ersten fand besagte Konferenz in Ulm statt) zwei Eisenbahnerwerkstättenarbeiter, die leitende Stellen in der Württembergischen Organisation einnehmen, zu sich befohlen. In dieser Audienz hat sich nach dem demokratischen „Beobachter“ nun folgende Unterhaltung abgespielt:

v. Balz: Warum haben Sie Freischein nach Ulm? Arbeiter G.: Als Delegirter von Cannstatt zum Verbandstag in Ulm.

v. Balz, zum Arbeiter A. gewandt: Sie schützen da Befandensbesuch vor, aber der Hauptzweck ist doch der Delegirtenstag!

Arbeiter A.: Allerdings, aber wir haben sichographirte Urlaubs- und Freischeingefuche, auf welchen sich die Frage befindet, zu welchem Zwecke der Urlaub bezw. Freischein gewünscht wird. Als ich zum ersten Male solch einen Schein ausfüllte, schrieb ich unter diese Frage: „Zum Zwecke der Erholung“. Darauf ließ mich der Oberwerksführer Koch kommen und sagte zu mir: „Zu diesem Zwecke giebt es keinen Urlaub; schreiben Sie was Anderes darunter, damit nicht die Generaldirektion meint, bei mir werden die Leute zu Tode geschunden.“

v. Balz: So, dann ist das Ding anders. Was soll die Verschmelzung aber für einen Zweck haben?

Arbeiter G.: Die Anregung dazu ging von Bayern aus und die Absicht war, gemeinsame Unterstützungsstellen zu gründen.

v. Balz: Das werdet Ihr mir doch nicht glaubhaft machen! Die Kassengründung ist doch nur ein Vorwand und dahinter steckt die sozialdemokratische Agitation und der Herr Kirsten. Wer garantirt mir dafür, daß nach Verlauf von einigen Jahren wir nicht vor einen Streik gestellt werden? Besonders wenn wir einen Arbeiter mit einem heißen Kopf bekommen, der Euch zum Hamburger Verband überführt, ohne daß Ihr es bemerkt. Die Internationalität ist überhaupt nicht vertrauenswürdig. Ihr müßt mir mehr Vertrauen entgegenbringen und nicht hinten herum arbeiten.

Arbeiter G.: Wir stehen in gar keiner Verbindung mit Herrn Kirsten (ein vor circa 1 1/2 Jahren gemahregelter Arbeiter der Stuttgarter Betriebswerkstätte); denn er ist längst aus unserer Organisation ausgeschieden. Das Gegenheil ist der Fall, denn er läßt in verschiedenen Zeitungen gehässige Artikel gegen unsere Organisation los, unter anderem auch im „Beobachter“.

v. Balz: Wenn einer in den Hamburger Verband eintritt (Verband deutscher Eisenbahner), wird er sofort entlassen. Und wenn die Verschmelzung trotzdem stattfindet, dann haben die Folgen die an der Spitze Stehenden zu tragen. Wir werden zusehen, wie sich das mit der Verschmelzung gestaltet und dementsprechend auch sorgen, daß Euch die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wenn Ihr noch den Hauptzweck verfolgt, Krankenkassen zu gründen, dann könnt Ihr doch ein Statut entwerfen und mir vorlegen. Wenn die Sache haltbar ist, dann werde ich im Landtag dafür sorgen, daß Ihr sogar eine gewisse Unterstützung erhaltet.

Arbeiter G.: „Ja, in Cannstatt haben wir sehr viele alte Leute, die in einer anderen Kasse keine Aufnahme mehr finden.“

v. Balz: Wenn die Kasse in der ersten Zeit nicht bestehen kann, dann werden wir Euch Gelder vorstrecken, die Ihr bei finanziell besserem Stande der Kasse zurückzahlen könnt. Was wollt Ihr für Baden und Bayern sorgen, sorgt doch zuerst für Euch!

Arbeiter G.: Sollen wir das in unseren Versammlungen bekannt machen?

v. Balz: Ja, das verlanqe ich! Wie viel Arbeiter seid Ihr in Cannstatt?

Arbeiter G.: Ungefähr 800.

v. Balz: Und wie viel sind davon im Verband?

Arbeiter G.: Ungefähr 460.

v. Balz (überrascht): Dann seid Ihr ja die Mehrheit! Aber das Geschrei muß doch endlich mal aufhören!

Arbeiter G.: Das Geschrei rührt nicht von uns her, sondern von Arbeitern, die unserer Organisation nicht angehören und nie in unsere Versammlungen kommen.

v. Balz: Das kann sein.

Damit hatte die von dem württembergischen Eisenbahngewaltigen selbst befohlene Audienz ihr Ende erreicht. Gar zu bald sollte den Arbeitern bewiesen werden, wie ernst es der württembergischen Eisenbahnerverwaltung mit ihrer Drohung war, denn als anderen Tages der obige Bericht

über die Audienz im „Beobachter“ erschien — wie von diesem hervorgehoben wurde, ohne Zutun der beiden Werkstättenarbeiter — wurde die Drohung gegen die Arbeiter sofort wahr gemacht. Sie wurden Knall und Fall entlassen.

Bedarf es eines trasserer Beispiels für das große Unrecht, das die deutschen Arbeiter nun einmal zu leiden verurtheilt sind? Wir haben durch § 152 der Gewerbeordnung das Recht der Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen garantirt erhalten. Es ist weit gekommen mit uns in Deutschland, wenn sogar staatliche Behörden dieses Recht mißachten dürfen; wenn sie eine den Arbeitern wünschenswerthe Vereinigung zu verhindern versuchen, und, als sich die Ausichtslosigkeit dieses Beginneis herausstellte, durch alle möglichen Drohungen die von ihr abhängigen Arbeiter vor einem Abweichen von dem behördlichen approbirten Wege loyaltster Organisationspielerei zu verwahren versuchen. Und wenn eine solche Behörde schließlich so weit geht, Arbeiter, die sich keiner anderen Handlung schuldig fühlen dürfen, als der, von ihrem Koalitionsrecht den denkbare loyalsten Gebrauch gemacht zu haben, zu entlassen, so ist das aller Arbeiterfeindlichkeit die Krone aufgesetzt. Hier zeigt sich der Staat in der Rolle des selbstherrlichsten, reaktionärsten Scharfmachers, der des Rechtes nicht achtet, wenn es gilt, die Arbeiter tusch zu machen.

Man bleibe uns deshalb vom Leibe mit den Verherrlichungen des jetzigen sozialpolitischen Kurzes, der angeblich so viel Verständniß entwickelt für die Arbeiterfragen. Was nützen uns die schönen Reden des Herrn Ministers Rischel für das Koalitionsrecht der Arbeiter, wenn keine Regierung es möglich machen kann, daß Staatsarbeiter in Ausübung desselben dem Hunger überliefert werden, denn daß dieser Vorgang sich in Stuttgart abspielen konnte, wo man sich bisher noch am vorurtheilslosesten gezeigt hat gegen die organisierte Arbeiterschaft, das ist ja das Interessanteste an demselben und das macht ihn zu einem Zeichen der Zeit.

Und wenn solches am grünen Holze geschieht, was soll erst noch am dünnen werden?

**Der Tribut der Stuttgarter Holzarbeiter.**

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stuttgart vom 10. Januar beschäftigte sich mit dem neuesten Produkt scharfmacherischer Verleumdung, dem Artikel der „Arbeitgeberzeitung“: „Die Verleumdung der Stuttgarter Holzarbeiter an den Verband.“ Zwar wurde in der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ benannter Artikel ausführlich kritisiert und derart widerlegt, daß wohl der Herr Verfasser selbst keine Freude an seinem Werke finden dürfte; es ist jedoch von Interesse, die Stimmung der Stuttgarter Kollegen selbst kennen zu lernen. Der Referent, Kollege Steinbrenner, führte aus: „Der Verband der württembergischen Holzindustriellen hat es für nöthig befunden, die Kassenverhältnisse unserer Zahlstelle einer Kritik zu unterziehen. Auf dem Umweg über Berlin brachte es auch das offizielle Organ des württembergischen Holzindustriellenverbandes, „Das Wochenblatt für den deutschen Holzhandel“, und zwar als Abdruck aus der „Arbeitgeberzeitung“. Schämten sich wohl die Herren ihres eigenen Geistesprodukts, daß dieser Umweg eingeschlagen werden muß? Was war der Zweck dieses Artikels? Die Stuttgarter Holzarbeiter insbesondere und die Arbeiterschaft im Allgemeinen gegen die Gewerkschaft aufzuheizen. Als Motto setzte die „Arbeitgeberzeitung“: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“; angebracht wäre jedoch das Motto gewesen: „Verleumde lügn, etwas bleibt immer hängen“. Daß die Stuttgarter Holzarbeiter Tribut zahlen müssen, und zwar in sehr hoher Maße, sind wir uns Alle bewußt, aber nicht an den Verband, nein, unsere Herren Arbeitgeber sind es selbst, die Tribut fordern. Am besten zeigt sich dieses in dem hier bestehenden Defizitwesen. Einige Zahlen aus unserem Jahresbericht von 1900 seien zum Beweise hier angeführt. Von den dort besprochenen Fällen haben 13 Kollegen in 483 Tagen ein Defizit von M 231,22 gemacht. Ein anderer Kollege, der als tüchtiger Arbeiter bekannt ist, hat in 185 1/2 Stunden = 20 1/2 Tage, ein Defizit von M 17,85 herausgearbeitet. Während des Streiks 1899 mußten vier Kollegen an die Firma Braver M 105 Defizit zurückzahlen. Ist das nicht Tribut? Bei Leins & Co. wurden unsere Kollegen mit Abzügen (Weihnachtsgeschenk) bis zu 50 pZt. bedroht. Zwar wurde dieser Abzug wieder reduziert, bedeutet aber jetzt noch einen Verlust von M 4 pro Woche. Eine Unmenge solcher Beispiele ließe sich anführen. Wäge uns eine Umrechnung des Defizits von einem Jahre vor, dann könnten wir mit dem Verfasser des famosen Artikels in der „Arbeitgeberzeitung“ ausrufen: „Wem da nicht die Augen aufgehen!“ Die Abrechnung unseres Verbandes würde dahinter verschwinden. Der Tribut der Stuttgarter Holzarbeiter heißt Defizit, Kürzung der Akordlöhne. Wie viele Kollegen haben nicht erst durch das Verbotene ihr verdientes Geld erhalten können, das die Unternehmer gern als Tribut für sich behielten! Also, berehnter Herr Federfucher, das nächste Mal dieses nicht vergessen! Der Kampfesmuth unserer Berliner Kollegen hat es den Herren Industriellen angethan. Ist ihnen die Niederlage des „grrrrrohen Nahardt“ so sehr zu Herzen gegangen? Haben sie schon im Geiste die Stuttgarter Holzarbeiter nach Nahardt'schem Muster unter ihrer Krante gesehen? Wahrscheinlich! Wer es so schön gewesen, doch es hat nicht sollen sein. Wir wollen aber offen sein, und dem Herrn verrathen, daß wir hier noch mehr bezahlen, als die Herren wissen. Wir zahlen zum Verbandsbeitrag noch einen Lokalbeitrag, der den Zweck hat, jederzeit gerüstet zu sein gegen die Ausbeutungsgehrte unserer Herren Arbeitgeber. Redner empfiehlt zum Schluß folgende Resolution, die von der sehr zahlreich besuchten Versammlung einstimmig Annahme fand:

„Die Versammlung weist die vom Verband Württembergischer Holzindustriellen durch seine Veröffentlichung in der Unternehmerpresse belundete Absicht, Unfrieden und Miß-

gunst in die Reihen der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu tragen, mit Entschiedenheit zurück.

Die Mitglieder der Zahlstelle Stuttgart sind über den Werth ihres Verbandes aufgeklärt genug, um den Forderungen der Unternehmer, sich ihnen machtlos preis zu geben, nicht zu folgen.

Ebenso erklärt die Versammlung der thätkräftigen Unterstützung der Berliner Kollegen in ihrem Kampfe gegen die Herrschaft der Unternehmer ihre volle Zustimmung.

Die Angriffe der Unternehmer können die Versammlung nur bestärken in ihrer Treue und Opferwilligkeit zum Holzarbeiterverband und geben ihnen Anlaß zu dem gegenseitigen Versprechen, fortan nur desto eifriger für eine weitere Stärkung des Verbandes mit allen Kräften einzutreten.

(Bravo, das war die richtige Antwort. D. Red.)

Etwas aus dem Stellmacherberufe.

In Stellmachereisen wird vielfach Klage geführt, daß die Arbeitsverhältnisse in diesem Berufe gegenüber anderen Berufen der Holzbranche noch sehr rückständige sind. Es ist von Interesse, den Ursachen dieser Klagen nachzugehen, und da findet man Faktoren, die oben besagte Rückständigkeit veranlassen helfen. Der erste ist die Lehrlingsausbildung. Die meisten Stellmacherlehrlinge trifft man in den Landstädtchen oder größeren Dörfern oder in solchen Werkstätten, in denen der Meister keinen Gesellen bezahlen will oder kann. Die Lehrlinge werden zu Arbeiten verwendet, die außerhalb des Berufes liegen. Durch diesen Mißbrauch kann sich der Lehrling keine Kenntnisse für seinen Beruf erwerben und ist kaum im Stande, als Geselle die einfachsten Arbeiten anzufertigen, und dann herrschen in jenen Kreisen, wo der Lehrling gezwungen ist zu verkehren, Anschauungen, die durchaus keine Intelligenz verrathen; somit ist ein solcher junger Mann, wenn er gezwungen ist, anderweitig sein Fortkommen zu suchen, jeder Ums- und Einsicht bar und kann sich schlecht forthelfen. Der vermeintliche Metter naht in Gestalt des sogenannten Kunstkaufers, welcher den jungen Leuten vorzuschwafelt, sie könnten sich in seiner Werkstatt weiter ausbilden, sie könnten Meister werden, wenn sie um billigen Lohn arbeiten oder vielfach noch Kostgeld bezahlen. Dieses Ausbilden ist pures Ausbuben, denn die jungen Gesellen werden zum Holzschrubben verwendet, und das Kastenmachen kommt erst im dritten oder vierten Akt, meistens garnicht, denn der Meister hat kein Interesse daran, wie er sich sagt, die Gesellen "lug zu machen". Daran kommt die Einsicht, daß sie nur zum Schrubben da sind; diese gehen ihrer Wege. Vielen kommt die Einsicht nicht, und sie schrubben unter den erbärmlichsten Verhältnissen weiter. Diese sind meistens so abgestumpft, daß kein Organisationsgedanke bei ihnen Platz findet. Wenn die jungen Leute das Kastenmachen erlernen und glauben, nun einen höheren Lohn zu erzielen, so täuschen sie sich meistens. Wie die hohen Löhne der Kastenmacher beschaffen sind, dafür weisen die Städte Remgo, Jaur, Partha u. a. m. den besten Beweis. Dort ist sehr lange Arbeitszeit üblich, der Lohn ist sehr niedrig und die Behandlung läßt zu wünschen übrig. Herr Weigel in Remgo verlangte von seinen Gesellen Kostgeld, als die Essener Stellmacher streikten, lieferte er Stellmacherarbeiten nach dort; dieses half ihm Alles nichts, er machte dennoch Pleite. Das Bestreben, sich auszubilden, ist sehr lobenswerth, aber es darf nicht auf obenbesagte Art unternommen werden, sondern die Stellmacher müssen vor allen Dingen verkürzte Arbeitszeit und hohen Lohn erstreben, dann haben sie Zeit und Geld, um die vielfach gekosteten Bildungsmittel auszunützen. Das billige Arbeiten ruinirt das ganze Stellmachergewerbe. Vielen Stellmachern, sowohl Meistern wie Gesellen, fehlt die Einsicht, daß so, wie bisher, nicht weitergemacht werden darf. Bei den heutigen Verkehrs- und Betriebsmitteln haben Beide ein Interesse daran, die Arbeitszeit sehr zu verkürzen, denn mit dem Bau der Eisenbahnen ist unserm Gewerbe ein bedeutender Konkurrenz entstanden; der Eisenbahnbau hat sich so ausgedehnt, daß in einem Jahrzehnt jede Gegend, wenn sie nicht abgeschlossen bleiben will, Bahnanschluß haben muß. Durch diesen Umfang des Bahnnetzes geht das Fuhrwerk zurück, und in denselben Maße auch der Betrieb der Stellmachereisen für Fracht- und Luxuswagen. Man wird nun einwenden: es müssen Eisenbahnwagen gebaut werden; diese werden in den Waggonfabriken hergestellt, in denen Maschinen- und sonstige technische Einrichtungen bestehen, die in sehr kurzer Zeit eine Menge Waggon herstellen und wieder Stellmacher überflüssig machen. Der Fracht- und Luxuswagenbau liegt so darnieder, daß man nicht ein und aus weiß. Ein großer Theil der Stellmacher ist gezwungen, in anderen Berufen der Holzbranche sein Fortkommen zu suchen. Die schlechtesten Verhältnisse in unserem Berufe bringen viel Leid und Wandererschaft mit sich; es muß dahin gewirkt werden, daß wir das Kost- und Logiswesen abschaffen und Einführung verkürzter Arbeitszeit erstreben, dadurch kommen wir in den Städten zu einem Stamm tüchtiger, anfassiger Kollegen; dies würde ein bedeutender Fortschritt sein. Wenn wir warten wollen, bis von oben herab gegen diese miserablen Zustände angekämpft wird, so können wir ewig und drei Tage warten.

Kollegen! Es ist entschieden Zeit, daß wir gegen die neidischen Lehrlingszüchter und Geiellenauß-übner Front machen; sagt denjenigen Eltern, die ihre Söhne dem Stellmachergewerbe zuführen wollen, welche traurigen Verhältnisse in unserem Gewerbe sind, sagt ihnen, daß es besser ist, daß ein solches Handwerk, welches trotz fleißiger Arbeit ein paßables Einkommen nicht abwirft, lieber der Teufel holen mag.

Wir haben es sehr notwendig, auf der Hut zu sein, auf daß nicht noch ein größerer Mißgang in unserem Gewerbe eintritt. Es ist höchste Zeit, daß die organisierten Stellmacher ihre Kräfte anspannen und für den Deutschen Holzarbeiterverband agitieren, welcher über sehr reiche Mittel verfügt, die, wenn richtig angewandt, gewiß Erfolg bringen. Mögen diese Reilen unsere Gewerkschaften und Ortsverbände veranlassen, eine gründliche Agitation einzuleiten, und es muß und wird anders werden.

H. B. in B.

Unser Fachorgan.

Wenn ich unserem Fachorgan, der „Holzarbeiter-Zeitung“, einige Zeilen widme, und zum Ausbau desselben einige Vorschläge mache, so möge man nicht annehmen, daß es mir darum zu thun ist, zu nörgeln, sondern daß ich einzig das Bestreben habe, damit unserer Bewegung zu dienen!

Unser Organ soll als geistiges Bindeglied auf der einen Seite dem Kollegen Wissen zuführen, der dessen bedarf, es soll der geistige Tummelplatz für die aufgeklärten Kollegen sein, der Platz, wo jeder Kollege seine Meinung frei äußert über die jeweiligen Wege, welche der Verband resp. die Leitung desselben einschlägt, um seinen Mitgliedern zu dienen. Daß es da nicht ausbleiben kann (und dieses ist gut), daß die Mitglieder auch einmal anderer Ansicht sind, wie der Vorstand und selbst wie die Schriftleitung, ist klar, und in solchen Fällen thut die Redaktion gut daran, wenn sie, wie bisher in fast allen Fällen, die Kollegen ungeschminkt ihre Meinung sagen läßt, denn „ein Wort, das die Kritik nicht vertragen kann, ist nicht werth, zu existieren“. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Zeitung eine Ablagerungsstätte sein soll für alles „Gewäsch“, sie soll auch nicht dazu da sein, den Ausgangspunkt für Gezänk und Zwietracht in unseren Kollegenkreisen zu bilden. Da soll man denn seitens der Kollegen nicht immer der Redaktion Vorwürfe vorwerfen, wenn diese -- im Interesse des Verbandes -- das Uebel ein wenig „kürzt“ oder „verschönert“.

Ich kenne unsere Redakteure zu gut, als daß ich ihnen vertraue, sie wollten dem einzelnen Kollegen eins auswichen. Sie handelten wohl stets in dem Bewußtsein, dem Verband zu dienen, mit dem was sie thaten!

Nun steht unser Verbandsorgan im Allgemeinen auf einer geistig hohen Stufe, die von wenig anderen Fachblättern erreicht wird. Die „Atmosphäre“, in der sich die Leiter des Blattes befinden, prägt sich naturgemäß auch in der Haltung wie dem Niveau des Blattes aus. Hamburg war bisher die „Metropole der Intelligenz“ in gewerkschaftlicher wie politischer Beziehung. Die Aufmerksamkeit brachte die meisten Gewerkschaften wie auch die Partei dazu, ein sicheres Domizil für ihre Zentrale wie Kassen zu suchen, dieses wurde in gewisser Beziehung in Hamburg gefunden; wir haben dort denn auch den Parteivorstand, die Generalkommission wie eine ganze Reihe von Gewerkschaften und Gewerkschaftsblätter domizilieren. Nun hat sich der allzu scharfe Wind in Preußen gelagert, und der „Fug“ nach -- Berlin macht sich bemerkbar. Die Parteileitung ging nach dort, die Generalkommission folgte, und durch das Parlament ist dort eine Unmasse Intelligenz aufgestapelt. Hingzu kommt, daß in Berlin der Sitz der Schramm- und Scherger-Verbandsvereine wie der größten Gewerkschaften, auch in unserer Branche, ist. Zuverlässige und schnelle Information am Orte selbst, ist Hauptbedingung für ein Organ, das den deutschen Kollegen den Weg zeigen soll und muß, den wir gehen müssen, um unsere Organisation und die Kollegen vor Schaden zu bewahren! Und da andererseits die geistige Anregung und geistige Nahrung durch die verschiedenen schon bezeichneten Umstände in Berlin sehr viel größer ist als anderwärts, wird man auch unsere geistige Nahrungsquelle, die Zeitung, nach Berlin verlegen müssen, will man auf der Höhe der Zeit bleiben.

Wenn man unser Organ seit einem Jahre aufmerksam liest, findet man, daß in fast jeder Nummer des „Christlichen Holzarbeiterverbandes“ theilweise in längeren Ausführungen Erwähnung geschieht. Wenn Prügel ihre erzieherische Wirkung bei den Leuten, die nicht nach dem Tauschein verlangt werden bei ihrer Aufnahme in den genannten Verband -- ein Ausspruch des Vorsitzenden des Verbandes -- ausüben würden, so hätte ich nichts dagegen, wenn man sich ihrer recht oft annähme. Aber bei dem veritorten Gemüth, das man bei jenen Leuten vorfindet, nützen Verleumdung und auch Prügel nichts, darum soll man sie laufen lassen. Man bringt den Leuten durch die häufige Erwähnung des Glaubens bei, daß man sie fürchtet, oder ernüchtert, den Man ihren Quertreibern und ihrem Organisations-Weibchen beilegt. Für den Redakteur des „Christlichen Holzarbeiter“ ist es jedesmal ein gefundenes Fütter, wenn er seinen Kollegen sagen kann: „seht mal, Ihr glaubt es nicht, was wir für tüchtige Kerle sind, die „Holzarbeiter-Zeitung“ redet schon wieder über uns, da muß doch an uns etwas daran sein!“

Man soll den Leuten den Gefallen nicht thun und mit ihnen anbandeln, dann gehen dieselben an ihrer eigenen Leide und Langweiligkeit zu Grundel. Wir haben diese Erfahrung bei uns an Orte gemacht, wir haben gethan, als seien die paar Männchen gegründet da, und der Bomb, mit dem man die Zahlstelle gegründet hat, ist bald verlogen und die Zahl der Mitglieder um zwei Drittel zurückgegangen. Da sitzt die ganze „Mitgliedschaft“ im Vorstande zusammen! Seitens dieser Leuten wünscht man ja weiter nichts, als daß man sie überhaupt erwähnt; ja, wenn dieses nicht geschieht, so versucht man, dieses den Mitgliedern plausibel zu machen. Schreibt doch der „berühmte“ Kniestädter in der letzten Nummer der „Einigkeit“, „man habe seitens des Verbandes bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt, um der Agitation für den Wirtenmacherverband entgegenzuarbeiten!“ Und dabei sind uns die „Kniestädter“ nicht fünf Groschen werth. Es denkt bald kein Mensch mehr an die Gesellschaft des funkelhagelneuen Verbandes! Aber das ist es gerade, was ihn trübt, daß er wie eine Blume im Verborgenen verblühen muß!

Nun noch einen Wunsch, wir haben eine ganze Reihe Bränden im Verband vereinigt. Unter den Kollegen sind recht viel Rekruten, die angelehrt werden müssen. Leider muß gesagt werden, daß sehr viele Kollegen unsere Zeitung nicht lesen, daß manche erst an das Lesen gewöhnt werden müssen. Da halte ich es denn für wünschenswert, wenn man die Kollegen geradezu auf das sie Interessirende mit der Nase ausstößt. Dieses kann dadurch geschehen, wenn man unter „Korrespondenzen“ und „Aus den Berufen der Holzbranche“ über die jeweiligen Notizen in fetter Schrift etwa „Summarbeiter, Stellmacher, Knopfdreher“ usw. setzen würde. Hierdurch würden die betreffenden Berufskollegen direkt darauf aufmerksam gemacht; hier ist etwas aus deinem engeren Berufe. Er wird sich an das Lesen gewöhnen, und im Laufe der Zeit auch den übrigen Inhalt der Zeitung fleißig studieren. Allerdings wird es dann auch notwendig sein, daß aus den einzelnen Berufen recht fleißig mitgearbeitet wird! Dieses sind die Fingerzeige und An-

regungen, welche ich geben wollte. Wenn hierdurch der Organisation auch nur ein klein wenig gebient sein würde, wäre mein Wunsch erfüllt, „denn an dem Werke des Erhabenen muß fort und fort gearbeitet werden!“ sagt Laotse!

Rundschau.

Für ultramontane Brotnacherer, Sozialpolitiker, Gewerkschaftler und Küchenzettelfabrikanten. Das in Ettingen in Baden erscheinende Zentrumsblatt „Badischer Landsmann“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Wie soll sich eine Familie von 4 Köpfen durchbringen, wenn der Vater pro Stunde 18 M und somit bei zwölfstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von M. 2,16 verdient? Als Minimum gebrauche ich täglich:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Milk, Coffee, Bread, Meat, Soup, Vegetables, Flour, Potatoes, Fat, and Butter. Prices range from 10 to 30 M.

Das sind also die Ausgaben; sie sind gewiß spärlich bemessen. Mein Verdienst beträgt aber nur täglich... 216 M mithin zu wenig täglich... 21 M

Dabei ist aber kein Pfennig gerechnet für Kleider und Schuhe und, nicht zu vergessen, auch die Wohnungsmiete ist noch vollständig im Rückstand, sie ist nicht mitgerechnet, beträgt aber monatlich mindestens M. 10, also täglich rund 30 M, ebenso fehlt noch der Betrag für die Schulbücher usw. meiner Kinder, wenn sie in die Schule kommen. Davon, daß einem Arbeiter, der Tag- und Nachtdienst hat, auch einmal ein Glas Bier gehört und daß er sich für seine geistige Erholung eine Zeitung halten sollte, will ich garnicht reden und nur betonen, daß, abgesehen von den Feiertagen, die Woche nur 6 Verdienstage hat, während die Familie aber an 7 Tagen leben muß, so daß sich der Betrag von M. 2,16 pro Tag auf M. 1,85 ermäßigt. Meine Frau hat mit ihrer Haushaltung und den Kindern zu thun, sie kann nichts nebenbei verdienen, wenn nicht die Erziehung und Haushaltung gleichzeitig geschädigt werden sollen.

Nun frage ich jeden rechtlich denkenden Menschen, Geistliche und Beamte, Sozialpolitiker und Fabrikanten, hiermit ernstlich um Rath, wie ich meine Haushaltung einrichten muß, ohne meine Familie sämmtlich hungern lassen und ohne Schulden zu machen, mit einem Tagelohn von M. 2,16 durchzukommen. Ich werde mit Dank ein solches Rezept akzeptieren und bitte, es mir durch die Redaktion des „Landsmann“, bei der meine Adresse hinterlegt ist, zukommen lassen zu wollen.

Ich weiß mit M. 2,16 Tagelohn mit meiner Familie mit dem besten Willen nicht auszukommen, -- ernstgemeinter Ausschluß ist mir daher sehr willkommen, denn ich bin kein Umstürzer, ich möchte in der gegenwärtigen Gesellschaftsform weiterleben, aber M. 2,16 reichen dazu nicht aus, waren doch die M. 2,40, welche ich bisher verdiente, schon sehr knapp.

Als Neujahrsgruß wurde mir dennoch eine Lohnverminderung von 20 M auf 18 M pro Stunde, oder um 24 M pro Tag mitgeteilt; zwar habe ich den Trost, daß es noch zirka 150 Kollegen und Kolleginnen ähnlich ergangen ist, aber mit diesem Trost ist mir nicht geholfen, darum meine Anfrage um öffentliche Auskunft, wie das Kunststück, mit M. 2,16 eine vierköpfige Familie redlich, und anständig zu ernähren, fertig gebracht werden kann.“

Das Zentrum wird dem Mann klar zu machen suchen, daß es ihm nichts ausmacht, wenn er nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs täglich noch einige Pfennige mehr auf sein täglichen Nahrung -- im Budget anrechen muß; ausgeben kann er's doch nicht. Wer so wie so hungern muß, der kann auch ein wenig mehr hungern. Es wird ihn weiter an die geniale Wittwenversicherung erinnern und ihm einige billige Kochrezepte verschaffen.

Hebrigens werden ja auch die christlichen Gewerkschaftsführer, die Herren Stegerwald, Wiesberts, Brust u. A. dem Mann klar zu machen wissen, daß es von den Arbeitern kleinlich ist, solche Einwendungen zu machen, wo es gilt, den nothleidenden Landwirthen, den Junkern Liebesgaben zu verschaffen vom Brot des armen Mannes.

Für die Herausziehung von Arbeitern zum Gewerbeaufsichtsdienst tritt der heftige Gewerbeinspektor Kessel in Offenbach in einem Aufsatze in der „Sozialen Praxis“ ein. Er bezieht sich dabei vor Allem auf das künftige Kinderzuschlaggesetz, dessen Beachtung der Gewerbeaufsichtsbeamten unterliegen soll. Zur Begründung führt er aus, daß diese Beamten zur Erledigung der neuen Aufgabe der Mitwirkung der Ärzte und der Lehrer bedürfen werden, und daß auch die Mitwirkung der Arbeiter nicht zu entbehren sein werde, weil gerade der Arbeiter am geeignetsten sein dürfte, die Verhältnisse der Leute zu beurtheilen, die zumiß als Beschäftigter der Schulkind in Frage kommen. Er schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Auch die Gewerbe-

aufsichtsbeamten, denen die Aufsicht über die Handhabung der Gesetze nunmehr zusteht, werden keine Beeinträchtigung ihrer Stellung durch die Heranziehung von Arbeitern erfahren. Die Mitarbeit des gewesenen Arbeitnehmers dürfte vielmehr zur wesentlichen Erhöhung ihrer Erkenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse führen, ohne welche eine derbehrliche Thätigkeit ohnehin kaum denkbar ist."

**Auch eine Ansicht über den Zweck der Gewerbeinspektion.** Das Braunschweiger Gewerkschafts-Latteil hatte eine Eingabe an die Landesversammlung gemacht, und zwar schon im Januar v. J., die sich mit der Instruktion für die Gewerbeaufsichtsbeamten befaßte. In der Dienstausweisung sind nämlich in übergrößer Sorge für das Wohl der Unternehmer die Worte enthalten: ohne dem Arbeitgeber unangenehme Opfer oder zwecklose Beschränkungen aufzuerlegen. Die Eingabe wünschte die Streichung. Sie wünschte ferner, daß den Beamten in Ausübung ihres Amtes alle amtlichen Befugnisse der Orts-polizeibehörden verliehen werden und drittens ersucht das Latteil, den Gewerbeaufsichtsbeamten eine Gefühlsmit-Beamtensqualifikation zur Seite zu stellen. Die Antwort, die nunmehr nach einem Jahre einging, lehnte die ersten beiden Punkte rundweg ab, der dritte Punkt wurde dem Staatsministerium „zur wohlwollenden Berücksichtigung über-wiesen“. Interessant war die Begründung des ablehnenden Standpunktes der beiden ersten Wünsche. Sie triefen von Rücksichtnahme für die Unternehmer. Sie lautet:

„I. In der vom herzoglichen Staats-Ministerium unter dem 21. März 1893 erlassenen Dienstausweisung sind die Gewerbeaufsichtsbeamten besonders darauf hingewiesen, ihre Aufgabe vornehmlich darin zu suchen, durch sach-verständige Verathung und wohlwollende Vermittlung eine Regelung der Betriebs- und Arbeits-Verhältnisse herbeizuführen, welche den Arbeitern den vollen durch das Gesetz ihnen zugedachten Schutz gewährt.“

Wenn sodann noch in einem Zwischenjahre darauf hin-gewiesen wird, daß dem Gewerbeunternehmer unnötige Opfer oder zwecklose Beschränkungen nicht aufzuerlegen sind, so kann in diesem Hinsicht doch nur eine Aufbesserung erlitten werden, die Anordnung nur ihre Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit eingehend zu prüfen, niemals aber eine Beschränkung der Gewerbeaufsichtsbeamten in der Er-füllung ihrer Pflicht oder eine Beeinträchtigung der Ar-beiter.

Wir halten daher die in der Petition gewünschte Strei-chung des Zwischenjahres für unnötig und nicht empfehlens-werth.

II. Die Reichsgewerbeordnung überläßt es den Landes-regierungen, Bestimmungen darüber zu treffen, ob den Ge-werbeaufsichtsbeamten auch das Recht zuzusprechen sei, Strafmandate oder polizeiliche Verfügungen zu erlassen.

Herzogliches Staatsministerium hat nun im § 5 der Dienstausweisung ausdrücklich bestimmt, daß dieses Recht den Gewerbeaufsichtsbeamten nicht zusteht.

Dem Wunsche des Gewerkschaftskartells Braunschweig, diese Bestimmung aufzuheben und den Gewerbeaufsichts-beamten das Recht zu geben, selbst Strafmandate usw. zu erlassen, können wir nicht beistimmen. Wir sind viel mehr der Ansicht, daß es der Vermittelnden Stellung der betr. Beamten vielmehr ent-spricht, wenn sie verhindert werden, im-pulsiv zu handeln, wenn sie genöthigt sind, durch einen Bericht an eine ausführende Be-förde ihre Anschauungen nochmals zu prü-fen, auch die Urtheile der Nachprüfung dieser nur von Vortheil sein.

Wir können eine Benachtheiligung der Arbeiter in diesem Verfahren nicht erblicken und empfehlen, dasselbe beizubehalten."

Man sieht, die Ansichten über die Aufgaben der Ge-werbeinspektion sind sehr verschieden. Während wir immer annehmen, sie solle vor allen Dingen dafür sorgen, daß den Bestimmungen, die der Gesetzgeber zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter erlassen, auch überall Rech-nung getragen wird, nimmt die gewerblich-technische Kom-mission der Landesversammlung an, sie sei dazu da, durch sachverständige Verathung und wohlwollende Vermittlung eine Regelung der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse herbei-zuführen. Und dann die wahrhaft rührende Besorgniß: der Beamte könnte, wenn er die Strafbefugniß hat, in der ersten Hitze eine Strafe dem armen Unternehmer auferlegen, die er bei kaltem Blute vielleicht unterlasse. Wenn solche An-sichten — und das ist nach den letzten Vorkommnissen anzu-nehmen — überall maßgebend sind, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Gewerbeinspektion im Allgemeinen so unwirksam bleibt, wenn die Unternehmer in der strupel-losesten Weise die Arbeiterchutzbestimmungen im Interesse ihres Profites übertreten.

**Polizei und Arbeiterrecht.** Nach dem Bericht des Berliner Gewerbegerichts scheint bei den Polizeibehörden in Berlin mehrfach noch die irrige Ansicht zu bestehen, daß bei Gastwirthen im Gewerbebetrieb beschäftigte Per-sonen eines Dienstbuches bedürfen. Auch beim Erlaß ver-lorener oder zum Arbeitsgeber widerrechtlich vorenthaltener Ermittlungsakten scheint die Polizei nicht immer ganz vor-schriftsmäßig zu handeln. Sehr häufig wollen die Parteien vom Polizeibureau abgewiesen und an das Gewerbegericht verwiesen sein. Die Polizei hat in solchen Fällen die Auf-gabe, unverzüglich nach Feststellung des Sachverhalts eine Ermittlungsakten auszustellen. Arbeiter mußten mit ihren Schadenersatzansprüchen theilweise abgewiesen werden, weil zu der fortgesetzten Verzögerung und der dadurch hervor-gerufenen Arbeitslosigkeit weniger der Arbeitgeber als die betreffenden Polizeibehörden Anlaß gegeben hatten.

Wenn selbst die Berliner Polizei solche Mängel auf-weist, die es doch sonst an Schneidigkeit gewiß nicht fehlen läßt, braucht man sich über die mangelhafte Gesetzeskenntniß kleinstädtischer Polizeibehörden erst recht nicht zu wundern.

**Das Bentheimer Arbeiter-Sekretariat und der preussische Justizminister.** Bekanntlich wurde das Bentheimer Sekretariat wegen Nichtanmeldung seines angeblichen Gewerbebetriebes in allen Instanzen verurtheilt. Der Sekretär, Geneke Winter, wandte sich nun an den preussischen Justizminister mit einem Gesuch um Erlaß der Strafe. Wurde aber, wie die „Dresdener Volksmacht" meldet, ab-

schlägig beschließen. Nun soll noch ein Wiederaufnahme-verfahren versucht werden. Die Strafe von M. 100 wurde inzwischen unter Androhung der Verhaftung eingezogen. — Nach den Ausführungen des Grafen Posadowsky im Reichs-tage hätte man allerdings eine Verurtheilung des Ge-suchtes um Erlaß der Strafe erwarten können.

**Vom Galgen neben der Koalitionsfreiheit.** Wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung wurden verurtheilt im Jahre 1896: 252, 1897: 254, 1898: 208, 1899: 176, 1900: 195, 1901: 187 Personen. Mit Rücksicht auf die zahl-reichen Lohnkämpfe, auf die Strenge der Gerichte und auf den Eifer der Polizeibehörden erscheint die niedrige Zahl dieser Verurtheilungen als ein glänzender Beweis für die strenge Gesehlichkeit der deutschen Arbeiter und für die vortreffliche Disziplin unserer Gewerkschaften.

**Eine Weltfirma unter dem Urtheil eines Geistlichen.** Die vorletzte Nummer des „Nachbarn", Organ des Glas-arbeiterverbandes, bringt aus Pirges, wo die Dresdener Firma Siemens seit Kurzem ein Glasfabrik in Betrieb ge-nommen hat, folgenden Bericht: „Am 18. Dezember v. J. wurde für eine neue „Wohlfahrts-Einrichtung" der Firma Siemens, Aktiengesellschaft, „eingeweiht", nämlich ein Kasino für die Herren Beamten und Arbeiter (?). Zu diesem Festaktus waren der Landrath, Gerichtsherrn, der königliche Förster, der Bürgermeister und unter Anderen auch der Pfarrer, Herr Hieselmann, eingeladen und erschienen. Es mochten mit Einschluß der Beamten der Fabrik über 100 Personen gewesen sein. Der „Generaldirektor" Liebig aus Dresden war extra hierher geeilt, wahrscheinlich, um sich am Glanze des Ruhmes, der ihm für dieses „arbeiterfreundliche und zeitgemäße" Unternehmen winken würde, zu erwärmen für weitere dergleichen edle Fürsorge. Anfangs ließ sich die Sache auch ganz gut an. Eine Lobrede folgte der anderen und die letzte hielt der Direktor-Stellvertreter, worauf der Beamten-Gesangverein ein Lied intonirte. Nun aber betrug der Herr Pfarrer die Rednerbühne und Mancher hoffte, er würde seinen priesterlichen Segen zu dem „schönen Werke" geben. Aber es kam anders. „Meine Herren", sprach der Kanzelredner, „ich habe geglaubt, daß wir eine Firma hier-herbekommen, die mit den Arbeitern human umgehen wird; aber das ist eine Firma, ich möchte glauben, aus dem Lande der Tyrannei! Ich hätte es mir niemals träumen lassen, daß eine Firma hierher kommen würde, die ihre besten Arbeitskräfte entläßt, brave, anständige Leute, mit denen man gern umgehen konnte und an deren Stelle lauter Menschen hierher bringt, mit denen sich Niemand was erzählen kann, die Niemand achten und lieb gewinnen kann. Das ist doch eine wahre Schandel! Durch dieses Vorgehen der Firma, meine Herren, wurde das Ansehen der ganzen Gemeinde und der Umgegend ruinirt!" Sprach's, nahm seinen Stuhl und Gut und verließ mit einem „Guten Abend" den Saal. — Die verblüfften Gesichter hätten alle Menschen der Welt sehen sollen — auf die vorausgegangenem Lob—hannen ein solch treffendes Urtheil! „Kasino der Tyrannei" haben die Arbeiter das neue „Kasino" getauft. Hoffentlich wird es von keinem anständigen Arbeiter betreten." Den Herrn Pfarrer wird man sicher nun auch unter die „Peher" und „Ereiden" rubriziren.

**Ueber städtische Nothstandsarbeiten** verhandelte eine am 28. Dezember in Frankfurt a. M. stattgefundene Gemeindevorstanderversammlung für den Rhein- und Rheingau. Die Verhandlungen führten zur Festlegung folgender Grundzüge, mit denen wir uns in jeder Hinsicht einverstanden erklären können:

1. Die Gemeinde hat die Pflicht, für die in den letzten sechs Monaten innerhalb ihres Bezirkes ständig beschäftigt gewesen und arbeitslos gewordenen Personen Arbeit bereit zu stellen.
2. Arbeitslosen-zählungen nach der Methode der Volks-zählungen haben mindestens zweimal jährlich auf Kosten der Gemeinde stattzufinden.
3. Es sind städtische Kommissionen (Deputationen zc.) einzusetzen, deren die Vor- und Mitberathung, wie die Ueberwachung der Nothstandsarbeiten zu übertragen ist und in denen Vertreter der Arbeitslosen und Gewerkschaften Sitz und Stimme haben.
4. Als Beschäftigungsgelegenheit für Arbeitslose sind in erster Linie alle Arbeiten der laufenden Gemeindev-verwaltung für die stille Zeit zurückzustellen, welche diesen Aufschub zulassen, in zweiter Linie sind besondere Arbeiten zu veranstalten.
5. Alle diese Arbeiten sollen möglichst in eigener Regie ausgeführt werden. Bei Vergebung an Unternehmer sind denselben Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiter im Sinne des nachfolgenden Punktes vorzuschreiben:
6. Für die Beschäftigung der Arbeiter ist zu berück-sichtigen:
  - a) Verwendung nur zu Arbeiten, zu denen sie geeignet sind;
  - b) mindestens ortsüblicher Tagelohn für Nichtgelernte, für Gelehrte die tariflich oder branchenüblich fest-gelegten Arbeitsbedingungen;
  - c) zureichende Sorge für Arbeiterhygiene;
  - d) Beschwerderecht an die unter 2. erwähnte Kom-mission.
7. Im Interesse der Beschäftigungslosen, namentlich in den kleinen Gemeinden, ist auf Reise, Bezirksverbände und Staat zur Veranstaltung eigener Nothstandsarbeiten hinzuwirken.

**Mit der Frage der Arbeitslosenbeschäftigung** hatte sich der Gemeinderath der Stadt Straßburg zu befassen. Es wurde eine Reihe von Erdarbeiten festgesetzt im Ge-sammtbetrage von M. 200 000, die von Unternehmern wäh-rend des Winters ausgeführt werden müssen. Außerdem wurden noch eigentliche Nothstandsarbeiten beschlossen. An-gelegteren können nur solche Arbeitslose beschäftigt werden, die Ernährer ihrer Familie sind und im letzten Sommer regelmäßig gearbeitet haben oder, wenn dies nicht der Fall, den Nachweis erbringen, daß die Arbeitslosigkeit nicht selbst-verschuldet war. Die Arbeitszeit beträgt acht bis zehn Stunden. Als Tagelohn wird bezahlt M. 2,20 für die Ver-heirateten, M. 1,60 für die Ledigen. Alle Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, bessere Arbeitsbedingungen festzusetzen, scheiterten an dem Widerstand der bürgerlichen

Meinheit. Ein Redner derselben, der Vorsitzende der Bau-gewerksinnung Elßah-Lothringens, Herr Wolf, meinte sogar, der Lohn von M. 2,20 sei zu hoch, M. 2 würden genügen, und ein lediger Arbeiter könne mit M. 1,60 ganz gut auskommen.

Der Mann, der ja Hans Dampf in allen Gassen bei den Scharfmachern ist, hätte sich bei seinen zahlreichen Arbeitern überzeugen können, daß solche Verdienste und selbst die von der Verwaltung vorgeschlagenen auch im Entferntesten nicht ausreichen zur Befriedigung der nothwendigsten Bedürfnisse des Arbeiters. Und wenn eine solche Belehrung ihm durch eine Augencheinahme nicht möglich war, so konnte er sich wenigstens bei dem Straßburger Gewerbe-Rath Wolf's Aus-sunft holen, der noch in seinem Gewerbeinspektionsbericht aus dem Jahre 1899 nach sorgfältigen Erhebungen über die Lage der untereinstufigen Arbeiterschaft die Ansicht vertreten hat, daß ein regelmäßiger Tagesverdienst von M. 4 zur Erhaltung einer Arbeiterfamilie absolut nöthig sei, „wenn nicht dringende Bedürfnisse absolut unbefriedigt bleiben sollen. . . . Eher könnte der Satz von M. 4 als unzureichend angesehen werden, denn jede er-behrliche Erkrankung unter den nicht versicherten Familien-mitgliedern und jeder Lohnausfall muß zu Entbehrungen oder zur Verschuldung führen.“

Also M. 4 täglich wäre nach dem Zeugniß des Herrn Gewerbe-Rathes Wolf das Mindeste, was dem Arbeiter zur Erhaltung seiner Familie geboten werden sollte, dem Scharf-macher Wolf genügen aber schon M. 2 Tagelohn. Die Arbeiter könnten ja zu üppig werden!

**Das Innungswesen in Elßah-Lothringen.** Im Reichslande bestehen zur Zeit 39 Innungen und 76 Gewerbe- und Handwerkervereine; erstere zählten 1924, letztere 4904, also insgesamt 6798 Mitglieder. Davon entfallen auf die Handwerker 5837 Mitglieder; am 1. Juli 1900 zählten sie 5732 Mitglieder, das Plus beträgt daher 155. — Seit Jahren hat die elßah-Lothringische Re-gierung eifrig bemüht, die Organisation der Kleinmeister zu fördern, was ihr auch ziemlich gelungen ist. Ob sie aber an ihrem Schooßkinde immer Freude erlebt hat, steht auf einem anderen Blatte. Dar so willig sind die nun einmal etwas außerordentlichen Handwerker dem Reich. So haben dieselben in der Frage des Poltarifs eine strikt ablehnende Stellung eingenommen, was „oben" sehr übel vermerkt wurde.

**Die Aufstellungen über den Schiffbau** in der ganzen Welt im Jahre 1902 weisen 2476 neugebaute Schiffe mit einem Gesamtgewicht von 2 787 824 Tonnen nach. Davon wurden auf britischen Werften 1459 Schiffe mit einem Gesamtgewicht von 1 699 454 Tonnen gebaut. An zweiter Stelle steht Amerika mit Schiffsbauern, die zusammen 317 775 Tonnen Klammgewicht haben.

Die Zahlen geben einen guten Kommentar über die vergleichsweise herzlich unbedeutende Stellung des deutschen Schiffbaues, dessen Wichtigkeit unsere patriotischen Nichts-wisser in alle Winde schreien.

**25 Jahre schweizerisches Fabrikgesetz.** Am 1. Januar waren es 25 Jahre, daß das eidgenössische Fabrikgesetz in Kraft gesetzt wurde. Auch in der Schweiz ver dankt man die Arbeiterchutzgesetzgebung dem Drängen der Sozialdemo-kratie. Die ersten schweizerischen Arbeiterchutzgesetze mit dem Normalarbeitstag sind im Kanton Glarus durch die Initiative und die Thätigkeit der dortigen Industriearbeiter gegen den heftigsten Widerstand der Industriearbeiter ge-schaffen worden und die organisierten Arbeiter führten schon in den sechziger Jahren die lebhaftesten Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Fabrikgesetz, das am 21. Oktober 1877 mit 181 389 gegen 169 585 Stimmen in der Volksabstimmung an-genommen wurde, hat sich gut bewährt.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Nach der Vorschrift des Statuts hat im Monat Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokal-Verwaltung und der Revisoren stattzufinden. Wiederwahl ist zulässig. Von allen Wahlen ist sofort nach ihrem Vollzug dem Verbandsvorstand Mit-theilung zu machen, wobei auch die Adressen der Gewählten anzugeben sind. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Verbandsvorstand, welche als erfolgt zu be-trachten ist, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tage nach der Anmeldung kein Einwand erhoben wurde. Zur Anbringung etwaiger Adressenänderungen auf den Verbandsplakaten können gummirte Zettel zum Aufkleben mit dem entsprechenden Vordruck von uns bezogen werden.

An diejenigen Mitglieder, welche ihren Fragebogen zur Statistik etwa noch nicht ausgefüllt und zurück-geliefert haben, richten wir hiermit noch ein letztes Mal das dringende Ersuchen, das Versäumte nun umgehend nach-zuholen. Die Lokalverwaltungen erinnern wir daran, daß als Termin für Einsendung sämtlicher aus-gefüllter Orts-, Werkstätt- und Personenfragebogen der 20. Januar festgesetzt ist, und ersuchen, die Einsendung nicht zu verzögern.

Von der zweiten Auflage des diesjährigen Almanaeh ist noch ein geringer Vorrath vorhanden. Reflektanten wollen ihre Bestellungen baldigst einreichen.

Bestellungen auf die „Holzarbeiter-Zeitung" (bei Ver-änderung der Mitgliederzahl usw.) sind stets direkt an die

**Expedition in Hamburg zu richten.** Diesbezügliche Mitteilungen erleiden stets Verzögerung, wenn sie unrichtiger Weise an den Verbandsvorstand adressiert werden. Zu allen Bestellungen benutzt man am besten die vom Vorstande herausgegebenen Bestellkarten (Bücherzettel), welche mit Vordruck versehen sind, also nur ausgefüllt und auch nur mit einer 3-Mark frankiert zu werden brauchen.

In letzter Zeit haben wir wieder sehr häufig Konstatieren müssen, daß Reiselegitimationen für Mitglieder ausgestellt worden sind, welche noch garnicht unterstützungsberechtigt waren. Wir richten deshalb an alle Zahlstellenassistenten die dringende Mahnung, genauer darauf achten zu wollen, daß nur solche Mitglieder eine Reiselegitimation erhalten dürfen, welche ein volles Jahr dem Verbandsangehörigen und auch mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben.

Für die Rücksendung der ausgefüllten Fragebogen machen wir die Lokalverwaltungen darauf aufmerksam, daß dieselben als „Geschäftspapiere“ versandt werden können. Das Porto beträgt so bis 250 Gramm 10  $\text{g}$ , bis 500 Gramm 20  $\text{g}$  und bis ein Kilogramm 30  $\text{g}$ . Die Sendungen dürfen jedoch weitere schriftliche Mitteilungen nicht enthalten, sie müssen unter Kreuzband oder in offenem Umschlag verpackt sein und die Aufschrift „Geschäftspapiere“ tragen. Das zulässige Meistgewicht beträgt ein Kilogramm; darüber hinausgehende Sendungen gehen als Paket.

Nachstehende als verloren bezeichnete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 84121 Friß Süchtadt, Tischler, geb. 16. 12. 63 zu Rostock.
- 89867 Jakob Gassing, Masch.-Arb., geb. 21. 2. 78 zu Dörnigheim.
- 77738 Julius Marquardt, Tischler, geb. 8. 6. 71 zu Al.-Silber.
- 101305 Otto Adam, Tischler, geb. 19. 1. 73 zu Derschau.
- 112849 Eugen Jung, Schreiner, geb. 3. 11. 83 zu Straßburg i. G.

Stuttgart, den 10. Januar 1903.

Der Verbandsvorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorkände.**

**23. Gau. Vorort Stuttgart.**

Ende Dezember haben wir an sämtliche Zahlstellen des Gau's ein Rundschreiben gerichtet über die zu betreibende Agitation. Für Versammlungsleiter und Referenten ist ein besonderes Zirkular beigelegt. Der Fragebogen muß von allen Zahlstellen ausgefüllt werden, damit wir eine Zusammenstellung über sämtliche im Berichtsjahr stattgefundene Versammlungen und Sitzungen anfertigen können. Die pünktliche Einlieferung der ausgefüllten Bogen ist der Disziplin wegen schon notwendig. Mögen die Kollegen den gegebenen Anregungen recht zahlreich Folge geben und diese in den nächsten Mitgliederversammlungen recht fleißig diskutieren.

Kollegen! Wir wollen unsere freie Zeit benutzen zum Lernen und zum Lehren; nur so wird das Verbandsleben gefördert und der Verband immer mehr ausgebaut werden. J. A.: G. Raub, Ralenthäl b. Stuttgart.

**Korrespondenzen.**

**Gebelsberg.** In der am 3. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung, in welcher die neue Verwaltung gewählt wurde, kamen die äußerst traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte zur Sprache. Trotz eifrigster Agitation ist es bisher noch nicht gelungen, in einigen Werkstätten Boden zu fassen und die Kollegen für den Verband zu gewinnen. Wir bitten deshalb die zureisenden Verbandsmitglieder, sich beim Bevollmächtigten, G. Motschmann, Wittenerstraße 16, 1. Et., zu melden.

**Rating.** Der „Christliche Holzarbeiter“ bezeichnet in seiner Nr. 52 unseren Bericht, die Schließmann'schen Differenzen in Raßfeld betreffend, als Lug und Trug. Uns steht fern, den Christlichen, welche in dieser Fabrik beschäftigt sind, etwas am Zeuge zu fassen, ihre Klagen können wir nicht decken. Sie halten einen Abzug der Frühstücks- und Besperpausen für nicht bedeutende Veränderungen und glauben, es wäre entschieden besser, hierzu eine ruhige und sachliche Stellung zu nehmen, als ohne Grund einen Streit vom Haune zu brechen. Daß es hierzu nicht kam, rechnen sie sich als Verdienst an. Durch unser unkluges Vorgehen haben wir erreicht, was wir wollten, oder war der Plankontrakt, den die Christlichen machten, daran schuld? Bezüglich ihrer Resolution geben sie ja selbst zu, daß dieselbe in sehr anständiger Weise gehalten war, aber aus — Unzufriedenheit verschwiegen sie, welche Antwort ihnen zu Theil wurde. Wir haben aus Lauffühl über die Antwort des Christlichen Führers, welche uns wurde, als wir diesen wegen dieser Resolution und weil sie sich nicht anschlossen, zur Rede stellten, geschwiegen — nun, hier ist sie: „Das sieht dieser Gesellschaft ähnlich.“

Als auf unsere Resolution die Kündigung des Arbeitsvertrages erfolgte, erklärten sie sich mit uns solidarisch, indem auch sie die Unterschrift beibrachten; nun, die Herren vergessen, daß sie an jenem Abend, als die Versammlung in der „Alten Post“ stattfand, eine gesonderte Versammlung abhielten und auf unserer Liste nicht unterzeichnet waren. Dies geschieht sie ja auch in ihrem vorletzten Abjah ein, indem Sie darauf hinweisen, daß wir auf unsere 64 Unterschriften nicht hätten bauen können, da bei einem eventuellen Streik mindestens die Hälfte fahnenflüchtig geworden wäre. Damit meinen sie aber diese 19 Christlichen, welche zu dem alten Stamm der Fabrik gehören.

Zu weiterer Klarstellung sind wir jederzeit bereit.

Die Lokalverwaltung.

**Wolfrathshausen.** Hier ist ein Meister, der sehr beforat ist um seine Gesellen, daß Keiner von ihnen angestekt und aufgehetzt wird von solchen, die im Verband sind. Der gute Mann hätte aber viel Besseres zu thun, als darauf zu achten und aufzuessen, woher die Arbeiter zur Brotzeit ihr Bier herholen. Es wäre viel angebrachter, wenn er die so betrodete Zeit dazu verwenden würde, einmal nach den Schutzvorrichtungen an seinen Maschinen zu sehen, da fehlt's nämlich überall. Auch wäre dem Herrn zu empfehlen, daß er seine Arbeiter anständiger behandelte, er würde dann sicher viel besser wegkommen.

**Eingekandt.**

Kaiserslautern, den 11. Januar 1903.

In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ urtheilt ein frisch hier zugereister Kollege über die hiesigen Verhältnisse in einem Eingekandt, das unbedingt einer Nichtigstellung und Erwidmung bedarf. Zunächst ist mit den 1000 Möbelstüchern gewaltig über das Ziel geschossen, da deren Zahl noch nicht den dritten Theil hiervon beträgt. Ferner beträgt die Zahl der Verbandsmitglieder nach Abschluß des vierten Quartals 91 und nicht 33. Auch die Behauptung von höchstens 10 Mann in den Mitgliederversammlungen muß als erfunden bezeichnet werden, da der Einsender erst einer Versammlung (in welcher er sich anmeldete) beizuwohnen, welche allerdings etwas schwach besucht war, was wohl kurz nach den Feiertagen einigermaßen entschuldbar ist; auch dürfte Kaiserslautern darin nicht vereinzelt dastehen. Also, Kollege Stahl, in Zukunft erst besser informieren über die tatsächlichen Verhältnisse, ehe man durch derartige Eingekandts die Zahlstelle in ein schlechtes Licht zu stellen sucht und unberechtigte Vorwürfe erhebt. Daß die Verhältnisse hier verbesserungsbedürftig, theilweise sogar recht traurige sind — der Akkordverdienst ist nämlich von dem Einsender mit M. 3,50 bis M. 4 eher zu hoch angegeben —, wird Niemand bestreiten, aber in puncto Agitation ist hier schon so viel wie in irgend einem anderen Orte geleistet worden, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg. Der gute Rath, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten, ist unjeres Erachtens besser in einer Mitgliederversammlung angebracht, wie überhaupt praktische Mitarbeit besser ist als Mahnungen und Magelieder in der Zeitung. Was endlich der Einsender in dem Schlußsatz mit uncollegialem Verhalten der Verwaltung gegenüber den Mitgliedern meint, ist uns unverständlich, da wir uns eines solchen nicht bewußt sind und wird er auch den Beweis für diesen Vorwurf schuldig bleiben. Wir sind überzeugt, daß die Mehrzahl der Kollegen hierüber anders urtheilt.

**Die Lokalverwaltung.**

J. A.: G. Merz, Bevollmächtigter.

**An die Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und andere gewerbliche Arbeiter.**

In der letzten hiesigen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, eine Agitation zu Gunsten der Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse vorzunehmen. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, in den nächsten Mitgliederversammlungen der einzelnen Ortsverwaltungen diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Unsere Versammlung kam aus folgenden Gründen zu obigem Beschlusse:

Die Kassenverhältnisse der letzten Jahre zeigen immer mehr, daß unsere Kasse auf die Dauer nicht weiter bestehen kann, es sei denn, die Mitglieder müßten noch sehr große Opfer bringen, was von ihnen aber nicht mehr zu erwarten ist; die Erfahrung wird jezt wohl jede Verwaltung gemacht haben bei der Einziehung der letzten zwei Extrabeiträge. Ferner kommt in Betracht, daß laut der Statistik von 1901 die doppelt versicherten Mitglieder ziemlich die Hälfte erreicht haben.

Es ist wohl nicht abzustreiten, daß diesen doppelt Versicherten sehr gut für Nichtanspruchnahme des Arztes von unserer Kasse eine Vergünstigung hätte gewährt werden können. Es ist dies nicht geschehen und nun ist zu konstatieren, daß ein ziemlicher Theil der doppelt Versicherten auch von unserer Kasse den Arzt und Apotheke in Anspruch nimmt; die Gründe hierfür sind wohl die, daß unsere Kasse infolge ihrer Zugehörigkeit zum Verband freier Krankentassen mehr Ärzte zur Verfügung stellt als die Orts- oder Betriebskassen, und somit haben diese Kassen den Vortheil, welchen früher die unjere Kasse hatte. Das Weitere ist auch der Umstand, daß Mitglieder, welche trotzdem unsere Ärzte nicht in Anspruch nehmen, uns aber doch von einem Arzte die Bescheinigung ihres Krankheits vorlegen müssen und somit in die Lage kommen, für die Bescheinigung resp. Ausfüllung des Krankenscheines dieses noch aus ihrer Tasche bezahlen müssen. Es ist doch klar, daß auch dieses ein unangehener Zustand ist und noch mehr doppelt versicherte Mitglieder belastet, unsere Ärzte in Anspruch zu nehmen. Es tritt hier also der Fall ein, daß der Kasse die Nichtbenutzung des Arztes zu Gute kommt, das Mitglied aber noch zahlen muß.

In der letzten Generalversammlung in Frankfurt ist selbst von Seiten des Hauptvorstandes darauf hingewiesen, daß die nächtkommende Novelle zum Krankenversicherungsgesetz uns dazu zwingen wird, daß unsere Kasse über kurz oder lang doch Zuschußkasse werden wird, also warum dies unnötigermesse in die Länge ziehen.

Die nächste Generalversammlung findet im Sommer 1903 statt und es ist gut, jezt schon Schritte zu thun, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich über diesen Punkt auszusprechen und klar zu werden und dafür zu wirken, daß ihre Ansicht auf der nächsten Generalversammlung zum Durchbruch kommt.

Die Ortsverwaltung Halle a. d. Saale.

J. A.: K. Schmidt.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

**Achtung, Bautischler!** In Dresden sind in mehreren Betrieben Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich um solche Werkstätten, in denen Fenster für städtische Schulbauten angefertigt werden. Die Akkordpreise für die Fenster sind bis zu M. 2 niedriger, als im Tarif von 1897 vorgeschrieben ist. Hinzu kommt, daß an diesen Fenstern noch bedeutend mehr Arbeit ist, für die in Einzelfällen einige Pfennige mehr gezahlt werden sollen. Daß die Fenster bis zu M. 2 unter Tarif bezahlt werden, gab auch der Innungsausschuß zu. Es

wurde von den Beteiligten abgelehnt, die Fenster für den Preis zu machen, es sei denn, daß der Lohn garantiert werde. Dies geschah in einigen Werkstätten, in anderen werden sie in Lohn gemacht. Eine Anzahl anderer Meister glaubte nicht mehr zahlen zu können und entließen alle Die, welche auf den gebotenen Akkordpreis nicht eingehen wollten. Die Verbandsmitglieder am Orte erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch, d. h. sie empfahlen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Folgende Werkstätten bleiben geblieben: Schultheiß, Kuba, Röhr, Graud und A. Geyer. Der Gesamtvorstand der Innung erläßt nun in einer Anzahl Tagesblättern Inserate, in denen er zunächst der Welt „kund und zu wissen thut“, daß auf Anordnung des sozialistischen Holzarbeiterverbandes, Sitz Hamburg, in einer Reihe von Werkstätten die Arbeit niedergelegt worden sei, obgleich die Arbeiten nach dem 1897 zwischen Meistern und Gesellen vereinbarten Lohnarif bezahlt würden. Natürlich kumert der Vorstand, und zwar wider besseres Wissen. Erst rechnen acht Meister des Innungsausschusses, einschließlich des stellvertretenden Obermeisters, heraus, daß bis zu M. 2 weniger bezahlt wird, als im Tarif von 1897 festgesetzt wurde, und nun erlassen sie Bekanntmachungen, daß trotz der tarifmäßigen Bezahlung die Arbeit eingestellt worden. Wie uns mitgeteilt wird, werden die Holzarbeiter Dresdens in einer öffentlichen Versammlung darauf die richtige Antwort geben.

**Den Schreinermeistern in Reichenbach a. Fils ist,** wie es scheint, ein Schreck in die Glieder gefahren ob des Berichtes in Nr. 48 der „Holzarb.-Ztg.“, denn sie haben in einer vom Gewerbeverein einberufenen Versammlung sich geeinigt, mit dem Holzarbeiterverband aufzuräumen. Der Möbelfabrikant Willy Häfner ist außersehen als derjenige, welcher den Anfang machen soll, weil bei ihm die meisten Gehülften organisiert sind. Bei einem verheirateten Kollegen, dem Ältesten im Geschäft, welcher der vermeintliche „Geher“ sein soll, wurde begonnen. Ihm wurde gekündigt. Kollege Weber aus Stuttgart, der im Auftrage des Vorstandes bei Herrn H. vorstellig wurde, konnte die Zurücknahme der Kündigung nicht erwirken. Einen Tag vor Weihnachten erfolgte die Entlassung. Herr H. sucht nun im Amtsblatt tüchtige Schreiner auf lebenslängliche Stellung. Mögen die Kollegen allerorten auf der Hut sein. Eine ganze Anzahl Kollegen, die schon früher auf die besprochene Lebensstellung reflektierten, sind böse hereingefallen. Wir werden demnächst auf die rostigen Arbeitsverhältnisse bei Herrn Möbelfabrikanten Häfner und dessen famosen Werkführer Franz Bucher noch zurückkommen. Die organisierten Kollegen am Ort mögen sich nur nicht hange machen lassen und die dem Verbands noch Fernstehenden mögen ihm nur beitreten, dann werden die Herren Meister in Reichenbach a. Fils schon mit sich reden lassen. Bezug ist selbstverständlich streng fernzuhalten.

**In der Hutformenfabrik von Carl Müller in Dresden** finden fortgesetzt Lohnabzüge statt. Ernste Differenzen sind deswegen nicht ausgeschlossen. Falls die Firma in nächster Zeit Hutformenmeister sucht, mögen die Kollegen auf der Hut sein.

**Die Differenzen in der Sophagestellfabrik von Gimmel & Koch in Parchim** sind durch Vergleich in Gegenwart des Gauvorstehers, Kollegen Kröger aus Rostock, beigelegt.

**Die Differenzen bei Herrn Ostwald Wehlig in Döbeln** sind beigelegt.

**Aus den Vereinen der Holzbranche.**

**Ein deforirter Tischlergeselle.** In letzter Zeit, nachdem der „werththätige Mann“ auf den Reichschild erhoben ist, sucht man nach Mitteln, um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben und das Tischhuch zwischen ihr und den Arbeitern zu zerbrechen. Ueberall wirft man Köder zum Anbeißen aus, aber es nützt wenig, denn die Arbeiter wissen, von wem sie ausgebeutet werden. Es nützen weder Busenmadeln noch Ehrenzeichen, sie beißen nicht an. Ein solches ist einem Tischlergesellen, Namens Adolf Haberland, für Treue in der Arbeit bei der Firma H. Hogenfort in Leipzig verliehen worden. Den einen Vortheil hat dies Ehrenzeichen vor vielen anderen ähnlicher Art, daß es nämlich tragbar ist. Offenlich hat es auch einen Metallwerth, denn man kann nicht wissen, ob Haberland, wenn er alt geworden, nicht mehr arbeiten kann und auf's Pflaster geworfen wird, nicht noch einmal etwas zum „Versüßern“ braucht. Ob das Ministerium des Innern, welches das Ehrenzeichen verliehen, und Herr Oberbürgermeister Dr. Löndlin, der es übergab, wohl auch daran gedacht haben? Möglich wär's schon, sintemalen schon öfter alte, deforirte Arbeiter auf das Pflaster geworfen wurden mit der Begründung: „Sie sind zu alt, wir brauchen junge Kräfte.“ Wir wünschen dem Kollegen Haberland, daß „dieser Kelch an ihm vorübergehen möge.“

**Wie in Berlin die Innung „sanber“ gehalten wird.** Tischlermeister Julius Apelt war als Kandidat irgend einer Körperschaft innerhalb der Innung, auf Vorschlag, mit auf die Wahlliste gekommen. Darob großes Entsetzen. Flugs kommt eine bestellte, öffentliche Frage in die „Nachzeitung“, wie der Vorstand dazu komme, diesen Apelt, „der sich konstant weigere, seine Innungsbeiträge zu zahlen, und der angebe, er kenne keine Innung — als Kandidaten vorzuschlagen. Natürlich kommt die gewünschte Antwort. Nur ein Irrthum des Herrn Leiters der Versammlung, der den Herrn J. Apelt nicht gekannt kannte. Er sieht aber nun einmal auf der Liste, und da der Vorstand ihn „durchaus zur Wahl nicht empfehlen kann“, ist es ja selbstverständlich, daß die innungsfreundlichen Wähler dessen Namen durchstreichen und den Namen des innungsfreundlichen „Dannann“ hinschreiben. Es wird ausdrücklich konstatiert, daß Apelt seine Beiträge immer bezahlt hat, d. h. hat bezahlen müssen. Das Recht steht ihm also auf jeden Fall zu, an der Verwaltung theilzunehmen. Aber Apelt ist kein Innungsmitglied und deshalb weg von des Obermeisters Stiefelspitzen.

**Da soll das Handwerk seinen goldenen Boden wieder finden!** Für einfache (unwürdige) Regale, die für die Kunstgewerbe- und Handwerkerchule und Volksbibliothek

Im Submissionswege ausgeschrieben waren, sind von den Submittenten Preise angegeben, die man unwillkürlich fragen möchte, ob die Herren überhaupt rechnen können. Der Hofschlermeister Hünze in Charlottenburg, wußte die in Frage kommende Arbeit als Mindestfordernd für 1028 machen, wohingegen Herr Krafft aus Wolgast dafür 3228 haben will. Das sind 2200 mehr. Dem Letzteren am nächsten kommt Herr Siegmund aus Straßburg mit 2204; dann folgen drei Charlottenburger Firmen mit 2153, 2059, 2082, 2006. Bis zum Mindestfordernden kommen noch drei mit 1760, 1622, 1457. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Wolgaster Firma um 1000 zu hoch kalkuliert hätte, so bleibt immer noch unverständlich, wie eine Differenz von rund 1200 zwischen dem zweithöchsten und niedrigsten Angebot möglich ist. Zweifellos ist 2000 der Mittelpreis, für den die Arbeit herzustellen gewesen wäre, wo aber bleibt Meister — pardon — Hofschlermeister Hünze aus Charlottenburg, und wo bleibt die Kay bei 1028? Natürlich würde Hofschlermeister Hünze verwundert dreinschauen, wenn seine Gesellen ihm die Regale liegen ließen und ihm anrathen würden, er solle sie selbst machen. Natürlich würde Obermacher Rahardt sofort in der „Fachszeitung“, auf der bekanntlich „schwarzen“ Seite, die Namen der kontraktbrüchigen Gesellen bekannt machen, die dem Hofschlermeister Hünze als Belohnung für seine famose Kalkulation die Arbeit nicht umsonst machen wollen. Ja, diese Art Hofschlermeister vermögen wirklich das Handwerk auf die — Weine zu bringen.

**Ueber die gegenwärtige Konjunktur der Holzindustrie in Deutschland** berichtet der „Arbeitsmarkt“. Während in normalen Geschäftsjahren in den meisten Branchen des Holzgewerbes vor Weihnachten lebhaft gearbeitet wird, ist gegenwärtig der Betrieb im Allgemeinen unbefriedigend. So fehlt es vor Allem der Möbelfabrikation an genügenden Aufträgen, so daß in letzter Zeit sogar Entlassungen stattgefunden haben. Ganz besonders ungünstig liegt aber in der Möbelfabrikation der Arbeitsmarkt für Drechsler. Die herrschende Stilrichtung macht von Jahr zu Jahr immer mehr Drechsler überflüssig. Der Einfluß der veränderten Stilart wird am besten dadurch illustriert, daß zum Beispiel in einer Leipziger Möbelfabrik 1896/97 bei circa 25 Tischlern drei bis vier Drechsler beschäftigt wurden, während gegenwärtig auf 65 bis 70 Tischler nur ein einziger Drechsler kommt. Die Geschäftslage ist in den Betrieben am ungünstigsten, die Massentische herstellen. Der Rückgang der Eicheleistungen macht sich in einem Minderabsatz von einfachen Möbeleinrichtungen scharf bemerkbar. Während der Hochzeit im Oktober blieb das Geschäft in Möbelhandlungen über alles Erwarten zurück, so daß die neuen Bestellungen zur Ergänzung der Möbellager recht bescheiden ausfielen. Einigermaßen besser sind die Betriebe daran, die bessere Möbelarbeiten, das gilt namentlich von den süddeutschen Plätzen Mainz und Stuttgart. Daß in der Bautischlerei der Beschäftigungsgrad nachgelassen hat, so daß zahlreiche Entlassungen stattfanden, war nach dem frühzeitigen Eintritt starken Frostwetters zu erwarten. Eine auffallend schwere Krise ist über die Stellmacherei hereingebrochen. Seit vielen Jahren ist für die Arbeiter keine so ungünstige Zeit vorhanden gewesen, wie gegenwärtig. Ganz trostlos sieht es mit den Beschäftigungsverhältnissen in einem Theil der Waggonfabriken aus. Die unbefriedigende Vermehrung dieser Betriebe in der Zeit der Hochkonjunktur rächt sich jetzt bitter, vor Allem auf dem Arbeitsmarkt. Zahlreiche Arbeiter wurden damals in die Branche hineingezogen, in der Hoffnung, fortdauernd Beschäftigung zu finden. Nunmehr fehlt aber für viele Stellmacher jede Arbeitsgelegenheit, so daß das starke Angebot auf dem Arbeitsmarkt nicht nur das Vorhandensein großer Arbeitslosigkeit ergibt, sondern auch auf das Lohnniveau der noch Beschäftigten äußerst nachhaltig einwirkt. Unter den Branchen, in denen der Geschäftsgang augenblicklich lebhaft ist, steht die gesammelte Musikinstrumentenfabrikation oben an. In Leipzig ist der Beschäftigungsgrad so gut, daß zahlreiche Neueinstellungen stattfinden. Die Pianofortefabriken haben fast durchwegs viel zu thun. Die Ausfuhr von Klavieren ist zwar in diesem Jahre nicht so groß wie im Vorjahre, doch wesentlich besser als vor zwei Jahren. Recht gute Abnehmer sind in diesem Jahre Dänemark, Frankreich, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, die Schweiz, Mexiko, vor Allem aber Britisch-Südafrika.

**Geschäftslage der Spielwarenindustrie im Jahre 1902.** Aus der Fluth der mit Jahresabschluss herankommenden Handelskammerberichte ist bemerkenswerth der Jahresbericht der Handels- und Gewerbetammer Sonneberg. Darnach war das vorige Jahr ein wirtschaftliches Mitteljahr, nicht annähernd gleich in seiner geschäftlichen Lebhaftigkeit vorangegangenen Jahren industrieller Aufwärtsbewegung, wie 1899 und 1900, in seinem schließlichen Endergebnis aber doch vielleicht befriedigender noch, als man zu Anfang des Jahres zu hoffen wagte. Dafür indessen, daß eine volle Gesundung des deutschen Erwerbslebens bis jetzt noch nicht erfolgte, daß Störungen wirtschaftlicher und politischer Art auch da und dort während des Jahres an der wirtschaftlichen Kraft des Volkes zehrten, bietet der Charakter der Spielwarenerzeugung sichere Anhaltspunkte. Die Thatsache, daß in Spielwaaren ein Ausfall in billigeren Waaren, den sogenannten Massenartikeln, festgestellt wird, und die Wahrnehmung, daß diejenigen Hausindustriellen, die in der Hauptsache mit der Herstellung solcher billiger Artikel beschäftigt sind, über verminderte Erwerbsgelegenheit zu klagen hatten, sind Belege dafür, daß die Kaufkraft im Volke vielfach zu sehr gelitten hat, um über die notwendigsten Gebrauchsgegenstände hinaus Bedürfnisse befriedigen zu können. Theilweise allerdings wird dieser Umstand seine Erklärung in der während der letzten Jahre erfolgten Preiserhöhung finden. Andererseits aber scheinen in den jetzt kaufkräftigen, bemittelten Kreisen des Publikums die Anforderungen an die Beschaffenheit der begehrten Artikel geringer gewesen zu sein. Nur so findet der auch von einigen Seiten ziemlich hoch geschätzte Ausfall seine Erklärung. Während in der hausgewerblichen Erzeugung der eigentlichen Spielwaaren

erheblich vor der sonstigen Schlusszeit der Saison sich Mangel an Arbeitsgelegenheit fühlbar machte, was auch darin zum Ausdruck kam, daß sehr frühzeitig die neuen Muster für 1903 vorgelegt wurden, so erfreute sich die Fabrikindustrie (Puppen) einer im Ganzen günstigen Lage. Der Betrieb konnte fast durchweg in vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Veranlassung zur Ansetzung von Ueberstunden scheint dagegen in geringerem Maße als früher vorhanden gewesen zu sein. Ein Angebot von Arbeitskräften über den Bedarf wurde gelegentlich bei männlichen Arbeitern festgestellt, während an Arbeiterinnen sogar Mangel herrschte.

**Die Uhrenfabrik vorm. S. Furtwängler Söhne, Aktiengesellschaft, Furtwangen,** vertheilt für das Geschäftsjahr 1901/02 keine Dividende. Von dem nach Abschreibung von 18 798 verbleibenden Reingewinn von 17 526 wurden 2500 für „Theilreibungen“, 3000 für Geländekauf und weitere 6000 für Betriebseinrichtungen zurückgelegt und 1625 für neue Rechnung vorgetragen.

**Von der Waggonindustrie.** Nach der „N. Bad. Abztg.“ hat die Waggonfabrik Rastatt (Baden) von Württemberg einen großen Staatsauftrag auf Personenzüge erhalten, wodurch der Fabrik Arbeit für den Sommer gesichert ist.

Aus Wien wird gemeldet: Das Eisenbahnministerium gab den österreichischen Waggonfabriken bekannt, daß für die Staatsbahnen Oesterreichs insgesamt 1014 Wagen verschiedener Typen, welche insgesamt 6,8 Millionen Kronen kosten sollen, zur Bestellung gelangen; davon müssen 145 im Laufe des Jahres 1903, der Rest aber bis spätestens Ende Juni 1904 zur Ablieferung gelangen.

**Zur Lage des Geschäftes in überseeischen Holzern** wird der „Frankfurter Zeitung“ u. A. Folgendes geschrieben:

Die Beschäftigung in den meisten Branchen des Holzgewerbes ist seit Oktober entschieden besser geworden, so in der Möbelfabrikation und der Kistenindustrie. In der Bautischlerei z. B. ist infolge der starken Ralte der übliche Rückgang diesmal früher als sonst eingetreten. Auf dem deutschen Rohholzmarkt ist gegen Ende v. J. in fast sämtlichen Holzsorten eine Preissteigerung eingetreten, hauptsächlich veranlaßt durch eine gewisse Knappheit in den Zufuhren und stärkeren Bedarf der Auslandsmärkte, besonders der Vereinigten Staaten. Die Holzfrachten, sowohl die überseeischen wie nach dem Norden, hielten sich durchweg auf dem niedrigen Vorjahrsstand, theilweise sogar noch darunter. Nachdem in Schweden-Norwegen, Rußland und Finnland infolge Ueberproduktion im vorigen Jahre die Holz-Exportpreise einen selten niedrigen Stand erreicht hatten, ist man dort seit Juli 1902 bemüht, die Abholungen durch Zusammenfluß der ersten Holzexporteure und Händler herabzulassen. Infolgedessen sind nach und nach die Preise nordischer Weißhölzer z. B. erheblich gestiegen. Die Holzpreisschwankungen nach Deutschland sind zu Ende, es ist nur noch wenig schwimmend. Neue Verkäufe nach Deutschland sind zwar abgefloßen worden, da man sich jedoch theilweise noch abwartend verhält, ist erst ein kleiner Anfang gemacht. Der amerikanische Schnittholzmarkt liegt allenthalben recht fest. Die Preise für ostindisches Teakholz waren sowohl im letzten Monat für Blöcke wie für Planken ein wenig besser als bis Oktober. In England war die Nachfrage lebhafter lebhafter; die Ausfuhr für die Zukunft ist gut. Ueber den Import überseeischer Nuthölzer in runden und kantigen Blöcken ist mitzutheilen, daß amerikanische Eichenblöcke weniger starke Beachtung finden, als preiswerthe Schnittwaaren. Kleine Partien von gelbem, schwarzem Ebenholz von Afrika, Macassar z. B. sind in lebhafter Frage; im großen Ganzen haben sich die Preise behaupten können. Westindisches Kokoholz, besonders von Cuba, erzielte während des ganzen Jahres gute Preise, während der Bedarf in mittleren und dünnen Sortierungen in den letzten Monaten recht nachgelassen hat; geringeres Holz ist kaum veräußert. Erlenzunholz ist jetzt natürlich allenthalben zur Ablieferung gelangt. Die Preise zogen nach und nach an. Die Vereinigung von Erlenzunholz-Fabrikanten, die mehrere Jahre existirt hatte, ist Mitte v. M. auseinandergegangen, was für 1903 vielleicht nicht ohne Einfluß auf den Artikel sein wird. Mit Ostafrikanischem Grenadillaholz, sowie ähnlichen Hartbölgern aus unseren Kolonien, läßt sich wenig anfangen, da der Bedarf nur gering ist. Das Gleiche gilt vom amerikanischen Pichory und brasilianischen Jatara- und Candaholz. Nur kleinere Posten guten Holzes fanden zeitweilig Abnehmer. Eine Milderung dürfte Klein kaum zu erwarten sein. Die Preise für Mahagoniholz sind jetzt durchweg höher, so daß die Ablader wohl größere Posten herlegen dürften. Das Holz muß von mittleren bis starken Dimensionen und von guter Qualität und Herkunft sein; minderwertige, Blöcke und Sorten sind schwer unterzubringen. In Bremen konnte sich letzten ein lebhafteres Geschäft in dem schönen Cuba-Mahagoniholz entwickeln. Daneben war auch flotter Absatz in zentral-amerikanischem und afrikanischem Mahagoniholz. Während amerikanische Kuzbaumblöcke Ende vorigen Jahres bei großen Vorräthen in Hamburg sehr zurückgegangen waren, trifft heute das Gegenstück zu. Die Zufuhren sind kleiner, der Verbrauch größer; mittleres und starkes Holz findet Liebhaber zu hohen Preisen. Amerikanisches Pappelholz ist in den letzten Monaten in großen Partien in Hamburg umgesetzt worden, während bei Beginn des Jahres Mangel herrschte. Gefundes, rundes Pochholz westindischer Herkunft von gangbaren Dimensionen läßt sich einigermaßen gut unterbringen, für geringere Waare dagegen herrscht kaum Bedarf. Satin-Kuzbaumholz liegt durchweg wenig verändert. Fieberholz zur Zigarrenkistchen-Fabrikation ist letzten im Preise gestiegen. Ein seit 3 1/2 Jahren ganz Deutschland umfassenbes Preissturz, das im Uebrigen sehr lebhaft vorging, ist Mitte v. M. auseinandergegangen, so daß die Aussichten dieser Industrie per 1903 etwas herabgestimmt sind.

**Gewerkschaftliches.**

**Der Meeraner Weberstreik ist beendet.** Die Einigungsbedingungen sind noch nicht in ihrem Wortlaut bekannt, jedoch wird dem „Vorwärts“ aus Meerane berichtet, daß die Fabrikanten einen Tarif bewilligt haben, durch den die Löhne in denjenigen Betrieben, die am schlechtesten bezahlten, um 40 pSt. erhöht worden sind, auch ist anerkannt, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden sollen. Im Uebrigen haben sich beide Theile über die Tarifpositionen geeinigt.

**Streikbrecher-Organisationen zu gründen** schlägt das neue Heftblatt der Unternehmer, die „Arbeitgeber-Zeitung“, vor. Und zwar fordert der Vater dieses genialen, aber nicht neuen Gedankens, ein Herr Niemann aus Nürnberg, die Meisterhöfne auf, sich zu einem solchen edlen Bunde zusammenzuschließen. Herr Niemann sagt dann über die Aufgaben dieser „Elite-Organisation“:

„Der Meisterschaft insbesondere können diese Vereinigungen auch dadurch gute Dienste leisten, daß sie plötzliche Ueberraschungen seitens der Gehülfsenschaft, z. B. einen geplanten Streik, möglichst wirkungslos zu machen versuchen, indem sie beispielweise an den Ort des Streiks Mitglieder delegiren, die in den durch den Streik in Noth gebrachten Betrieben in der ersten kritischen Zeit die dringlichsten Arbeiten besorgen.“

Wenn wir nicht irren, hatten schon einmal die Wäldermeistersöhne einen solchen Plan ausgeheckt. Uebrigens sollten auch Meistersöhne es sich zweimal überlegen, ob sie sich zum Verräther der Arbeiterinteressen hergeben sollen, denn in unserer Zeit ist so eine Meisterschleifheit manchmal sehr schnell zu Ende.

**Was Alles als Belohnung der lieben Arbeitswilligen angesehen wird,** davon geben einige Streikprozesse in Jütlburg Beispiele. Ein Streikender stieß versehentlich, als er einem Wagen auswich, gegen einen Arbeitswilligen. Er entschuldigte sich. Das nützte aber Alles nichts. Zwei andere Arbeitswillige sagten als Beugen aus: der Stöß sei absichtlich geschehen. Fazit: 1 Monat Gefängniß. Ein anderer Streikender hatte einen Arbeitswilligen „Eisbrecher“ genannt. Das mußte er mit 60 Büßen.

**Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes** beruft die VI. ordentliche Generalversammlung dieser Organisation auf den 1. Juni nach Berlin ein. Aus der für dieselbe vorgesehenen Tagesordnung sind folgende Punkte hervorzuheben: Erweiterung des Unterstützungswesens; Referent: A. Schlichte-Stuttgart. Tarifverträge und Tarifgemeinschaften; Referent: G. Reichel-Stuttgart. Berichterstattung über den IV. Deutschen Gewerkschaftskongress und Stellungnahme zur Verfestigung der Verbandsbeamten; Referent: A. Cohen-Berlin.

**Der Streik um das Verbandsvermögen der Porzellanarbeiter,** der seinerzeit in den gewerkschaftlichen Kreisen ganz Deutschlands Aufsehen erregte, hat nunmehr noch zu einer Verurtheilung der Wittive und eines Sohnes des verstorbenen Verbandskassirers Weg geführt. Sie weigerten sich bekanntlich, das Geld, das auf den Namen Wegs in der Reichsbank angelegt war, herauszugeben, knüpften vielmehr die Bedingung einer Rente an die Wittive daran, auch versuchten sie gemeinschaftlich, das Geld — über 100 000 — abzuheben. Die Wittive Weg wurde wegen Betrugs vom Berliner Landgericht zu zwei Wochen, der Sohn, Tischlermeister Hugo Weg, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Das klingt etwas anders, als die seinerzeitigen Ausführungen der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschafts-Presse, die ja das Vorgehen der Weg'schen Erben gegen den Porzellanarbeiterverband auch noch zu beschönigen versuchten.

**Ein bürgerliches Urtheil über die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschafter.** Dr. Max Hirsch, der Wittibegründer und Anwalt der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschafter, beging vor Kurzem die Feier seines 70. Geburtstages. Aus diesem Anlaß schrieb die „Frankfurter Zeitung“, nachdem sie betont hatte, daß Hirsch aus selbstlosen Motiven, nur um den Arbeitern zu helfen, die Gewerkschafter grübdete und ihnen sein Vermögen opferte:

„Die weitere Entwicklung aber hat ihm nicht Recht gegeben: die anders gerichteten „freien“ Gewerkschaften haben die Hirsch-Dunder'schen weit überflügelt, und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß wohl diese jenen, nicht aber die Gewerkschaften den Gewerkschaftern sich nähern werden. Die Gründe dafür braucht man heute nicht zu erörtern, zu ändern ist es nicht, und vielleicht ist es gut so.“

**Betrübte Lohgerber.** Bekanntlich wurde während des christlichen Textilarbeiterstreiks in Goeßfeld den Streikenden der Saal des katholischen Arbeitervereinsaufsatzes zu Versammlungen verweigert. Die frommen Kapläne hängten im Saale natürlich auch, groß eingerahmt, die Breslauer Kaiserrede auf, und trotz alledem mußten sie erleben, daß das Bezirkskommando Goeßfeld während der Weihnachtsfeierlage über das Lokal den — Militärhofort verhängte. Darob große Bestürzung bei den frommen Münsterländern. Die ultramontane Presse meint, es sei doch nicht anzunehmen, daß das Bezirkskommando verhalten wolle, daß die Soldaten die Kaiserrede lesen, oder daß die Maßregel als Strafe für die Saalverweigerung beim Streik gelten soll.

**Der Bayerische Eisenbahnerverband,** eine Zentrumsgründung, geht schon wieder seiner Auflösung entgegen. Die „Münchener Neuen Nachrichten“ berichten von der letzten Generalversammlung, daß sämtliche Eisenbahnpfadmeister den Austritt aus dem Verband erklärt haben, von den 213 Mitgliedern der Eisenbahnindustrie sind bereits 113 ausgetreten. — Es schadet gar nichts, wenn diese Zersplitterungsversuche der Arbeiterbewegung durch das Centrum einen so kläglichen Verlauf nehmen.

**Die christliche Gewerkschaftsbewegung** nicht in München die Bemühungen der organisirten Brauereiarbeiter zur Herbeiführung eines Tarifvertrages zu durchkreuzen. Die Herren Kapläne können's garnicht erwarten, daß sich ihre Arbeiterorganisationen abwickeln lassen und um alles Ansehen bringen.

**Eine christliche Kellnerbewegung?** Wie der Gastwirthsgehilfen "mittelt, will der Vizepräsident Mumm die bestehenden Kellnerorganisationen in ein Kartellverhältnis; zweinander bringen, von dem jedoch der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gastwirthsgehilfen-Verband ausgeschlossen sein soll. Zudem hat er sich eine entschiedene Absage erspart, denn der Verband der Gastwirthsgehilfen würde selbstverständlich eine etwaige Einladung des Herrn Mumm ablehnen haben. Am 11. d. M. soll der Herr Mumm auf einer in Berlin stattfindenden Konferenz von Vertretern derjenigen Organisationen, die der ebenso unpraktische wie salbungsvolle Theologie unter seine Fittiche nehmen will, berathen werden. Nach dem zu urtheilen, was man von der "Thätigkeit" des Herrn Mumm weiß, wird bei der Geschichte nichts weiter herauskommen, als allenfalls eine rein äußerliche Nachahmung der von freien Gewerkschaften abgesehenen Einrichtungen, die zu unbrauchbaren Werkzeugen für die Vertretung von Arbeiterinteressen werden.

**Ein Geständniß.** In einem Artikel: Arbeiterbildung und Sozialreform, in dem die Mitwirkung der Arbeiter bei Arbeitertribunalen, Gewerbegerichten etc. als höchst werthvoll bezeichnet wird, bemerkt die "Kölnische Volkszeitung": "... Andererseits freilich, wer möchte belernen, daß bisher namentlich zahlreichen christlichen Arbeitern noch gar sehr des Interesses und des Verständnisses für diese Aufgaben ermangeln." Nach diesem Geständniß des führenden Centrumorgans haben also die modernen Gewerkschaften nur klug gehandelt, wenn sie die Befreiung von derartigen Nemtern durch "christliche" Arbeiter zu verhindern suchten.

**Ein Streik beim "Arbeiter"papst.** In Rom trat das ganz ungewöhnliche Ereigniß ein, daß das amtliche Organ des Vatikans, der "Osservatore", wegen eines Streiks der Seker nicht erscheinen konnte. Trotz aller Bemühungen der maßgebenden vatikanischen Kreise ist es bisher nicht gelungen, den Ausstand beizulegen. Die Arbeiter beschwerten sich über Lohnkürzungen.

**Masseneingesperrung von Kohlenarbeitern.** Im Dorfe Tenaby in Yorkshre, wo jetzt ein Kohlenarbeiterstreik ist, finden Massen-Eingesperrungen statt. Der Kohlengrubengesellschaft gehören fast alle Häuser in der Gegend und dieselbe hat nun beschloffen, fünf hundert Familien von Streikenden, welche in ihren Häusern wohnen, auszuweisen. Die Eingesperrungen begannen Dienstag Morgen um 9 Uhr. Erregte Mengen sehen zu, aber es ist noch keine Ruhestellung vorgetommen. Zweihundert Arbeiter sind anwesend und berittene Polizei patrouillirt die Straßen. Männer und Frauen haben die ganze Nacht gepackt und die Möbel werden in Kiste geschafft, die in Contsborough und Megborough errichtet werden. Das Errichten der Kiste geht langsam vor sich, so daß manche Leute diese Nacht ohne Obdach sein werden. Das Wetter ist windig und Regen droht. Zwei methodistische Geistliche leisten Hilfe und der Rath der Trade-Union-Führer, keine Unruhen zu begehen, wird streng befolgt.

**Die englischen Arbeiter und der Taff-Wale-Entscheid.** Die englischen Arbeiter scheinen keineswegs die einzig richtige und im Interesse der Arbeiterorganisationen mögliche Lehre ziehen zu wollen, die nur in der Einleitung und Durchführung einer selbstständigen Arbeiterpolitik bestehen könnte. Wenigstens geht das aus der Haltung der in diesem Kampfe zunächst in Betracht kommenden Eisenbahnarbeitergewerkschaft hervor, die in voriger Woche in London ihre Generalversammlung abhielt. Am ersten Tage stattete der Sekretär des Verbandes, Richard Bell, seinen Bericht ab über das Urtheil im Taff-Wale-Prozess. Dieser Bericht ist so gehalten, daß er Alle herb enttäuschen muß, die etwa an eine aufrüttelnde Wirkung des Urtheils für die englische Arbeiterbewegung und auch nur für die am meisten dabei interessirte Gewerkschaft gehofft haben. Er erklärt sich die Situation in der banalsten Weise durch persönliche Kräfte. Nach dem Bericht der "Times" sagte er: "Meine Erfahrung während der letzten fünf oder sechs Jahre zeigt mir, daß die Mitglieder nicht achtsam genug sind bei der Wahl des Exekutivcomités. Statt praktische Leute zu wählen, die sich streng an die Satzungen des Statuts halten, neigt man vielfach dazu, Leute in das Comité zu bringen, die lediglich durch ihre Redefertigkeit populär geworden sind. Die Folge davon ist, daß wir uns den Taff-Wale-Entscheidungen gefallen lassen müssen, dessen Kosten alles in Allem 50 000 Pfund Sterling (1 Million Mark) betragen wird. Ich habe mein Möglichstes gethan, um die Dinge in das richtige Geleise zu bringen, aber vom Exekutivcomité bin ich nicht gehörig unterstützt worden." Und den Schluß seines Vortrages bildeten folgende Worte: "Die Verantwortung, die auf Ihnen liegt, ist sehr groß, aber ich weiß, daß Sie fähig sind, sie zu tragen und das zu thun, was das Interesse der Gewerkschaft verlangt, um das Vertrauen der Mitglieder, der Unternehmer und des Publikums wieder herzustellen und so erhalten und das hohe Ansehen zurückzugeben. Und so viele Jahre hindurch der wohlverordnete Besitz der Gewerkschaft war. Das können Sie erreichen, wenn Sie dafür sorgen, daß die rechten Leute am rechten Platze stehen und sich streng an die Satzungen des Verbandes halten. Wenn das geschehen ist, dann können wir mit großen Hoffnungen in eine glücklichere Zukunft blicken." Amen, vollzogen. Man sieht versucht hinzuzufügen, sagt die "Leips. Volksztg.". Das hat also der geistige Leiter einer Gewerkschaft seinen Verbandskollegen zu sagen in einem Augenblick, wo es sich um Sein oder Nichtsein nicht nur des einzelnen Verbandes, sondern des Gewerkschaftswesens überhaupt handelt. Statt zu sagen: die englische Arbeiterklasse ist in ein neues Stadium ihres Kampfes mit dem Kapital eingetreten, die Waffen, die uns bisher genügt haben — gewerkschaftliche Organisation, Streiks, Unterstützungsmessen — sind uns jetzt aus der Hand geschlagen, wir müssen uns neue schmieden und diese neuen Waffen liegen im Parlament, rufen wir die englische Arbeiterklasse auf zum politischen Kampf, das soll unsere Antwort auf das Taff-Wale-Urtheil sein — läßt so oder doch so ähnlich zu

sprechen, stellt sich Herr Bell hin und bringt den ideoisten Personentrassch vor: Mister Brown und Mister Smith haben mich im Stiche gelassen, wählt Andere an ihre Stelle und Alles ist wieder gut. Und das sind die Leute, die der deutschen Arbeiterklasse als Musterknaben, als Realpolitiker hingestellt werden. Jamohl, Realpolitiker, Leute nämlich, die, wie Karl Marx in einer grimigen Laune einmal sagte, jeden vor ihrer Nase liegenden Mißhaufen für eine Realität ansehen. Und so sieht denn Herr Bell die vor seiner Nase liegenden persönlichen Quisquilien als die "Realität" an, die die grundrührende Aenderung in der Situation des englischen Gewerkschaftslebens erklärt. Eine heitere Realität, das!

Die englische Bourgeoisie, und vor Allem Gladstone, der die Teufel, hat das Geschäft gründlich besorgt. Sie gaben den Arbeitern Brod und Spiele. Die aber genossen des Brotes und freuten sich der Spiele und — vergaßen des Kampfes. Jetzt, wo der große Augenblick an sie herantritt, toppen sie hilflos umher im geistigen Dunkel. Es war ein Glück für die deutsche Arbeiterklasse, daß die Teufel, die an sie verführerisch herantraten, dumme Teufel waren.

**Kosten des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.** Die Kosten des amerikanischen Nielenausstandes der Grubenarbeiter, der Ende vorigen Jahres beendet worden ist, werden ziemlich hoch veranschlagt. Aus Indianapolis wird berichtet: Im hiesigen Hauptquartier der Bergleute wird genaue Bestellungen gemäß der durch den Kohlengräberstreik hervorgerufenen Gesamtverlust für alle Beteiligten auf rund 200 000 000 Dollar geschätzt. Der wöchentliche Ertrag der Minen hätte sich, wenn kein Streik angeordnet worden wäre, auf 1 250 000 Tonnen belaufen, was einem Quantum von 25 000 000 Tonnen in 21 Wochen gleichkommt. Der Durchschnittspreis, den die Grubenbesitzer für ihre Kohlen erhalten, ist 4,50 Dollar pro Tonne, und der Werth wäre somit 112 500 000 Dollar gewesen. Die Produzenten belaufen sich auf 1,50 Dollar pro Tonne oder auf 37 500 000 Dollar für das oben genannte Quantum. Nach Abzug von Fracht etc. würde den Besitzern noch ein Profit von 50 000 000 Dollar verbleiben. Der Schaden, der durch den Streikbetrieb der Gruben entstanden ist, kann auf 10 000 000 Dollar geschätzt werden, und die Polizeimacht zum Schutze der Gruben kostet wenigstens 2 000 000 Dollar. Der direkte Verlust der Grubenbesitzer beläuft sich somit auf wenigstens 62 000 000 Dollar. Der Verlust der 147 000 Arbeiter berechnet sich bei diesem durchschnittlichen Lohn von 7 Dollar pro Woche auf 20 580 000 Dollar. Der Verlust der Geschäftseinkünfte im Streikgebiet muß auf 15 000 000 Dollar veranschlagt werden. Der Schaden, den das Publikum durch die hohen Kohlenpreise erleidet, ist garnicht genau zu berechnen, beläuft sich aber erheblich auf 50 000 000 Dollar. Der Staat für Militärs mußte eine ganze Armee Milizsoldaten unterhalten, die um pro Mann und Tag 3 Dollar kosteten, und die freien Kontributionen an die Streiker aus dem ganzen Lande beliefen sich schließlich auf etwa 5 000 000 Dollar.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**"O, Sie Rindvieh!"** Ein Klassenurtheil, das in seiner Ungeheuerlichkeit beinahe wie ein schlechter Witz anmuthet, wurde vom Schöffengericht in Augsburg gefällt. Ein Arbeiter hatte beim Austritt aus dem Geschäft mit einem Unternehmer eine Auseinandersetzung, wobei der Fabrikant wiederholt äußerte: "O, Sie Rindvieh!" Vor Gericht bestritt er, daß er den Arbeiter mit diesen Worten beleidigen wollte; das Urtheil lautete auf Freisprechung und Ueberbürdung der Gesamtkosten auf den beleidigten Arbeiter. In der Urtheilsbegründung hieß es, daß die Absicht, zu beleidigen, nicht vorhanden gewesen sei und das Beweisen, daß "Sie Rindvieh" eine Beleidigung ist, nicht nachgewiesen zu werden brauche, da der Fabrikant in Wahrung berechtigter Interessen () gehandelt habe.

**Wie man streikende Arbeiter bekämpft.** Von der Anklage des Vorgehens gegen § 110 des Strafgesetzbuches ist am 30. August vom Landgerichte Dortmund der Maurer Heinrich Görres freigesprochen worden. Er hatte in einer öffentlichen Maurerverammlung am 22. Juni 1902 gesagt: Kollegen, es bleibt uns nichts anderes übrig, als Morgen die Arbeit hinzuworfen. Ich fordere Sie auf, Morgen die Arbeit hinzuworfen, auch diejenigen, die Kündigung haben, wir können und wollen nicht mehr warten. Die Anklage erblickt in diesen Worten eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Bivulgesez, welches eine vierzehntägige Kündigungsfrist für die Lösung des Arbeitsverhältnisses vorschreibt. Das Landgericht hat aber angenommen, daß der Angeklagte nicht die Absicht hatte, allgem. zu einer Nichtachtung des Gesetzes aufzufordern, daß er vielmehr nur den Streik herbeiführen, also sich und seinen Genossen die Möglichkeit zur Beschaffung besserer Lohnbedingungen gewähren wollte. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urtheil wegen Unklarheit der Begründung auf und verwies die Sache dem Antrage des Ober-Reichsanwaltes entsprechend an ein anderes Gericht, nämlich an das Landgericht Bochum.

**Literarisches.**

**"Eidenschaftlicher Postillon"** Nr. 1 ist erschienen. Auf dem Titelbild stürmt es, daß der Beschauer es aus dem Bilde heraus hört, er sieht die Frauenthürme im Sturme sich biegen und trotz alledem den kleinen Postillon vor kämpferische Freude auf seinem Blize entfeindeten Krüge vorwärts eilen. Die Geister der Alten brüllen herein: Ei freilich, es sind ja 25 Jahre seit Erlaß des Sozialistengesetzes verfloßen. Da wird der Postillon manch' jahraurige Postje, manny' ernstes Stüdchen erzählen aus jener Zeit. Für diesmal lieferte er u. A. ein leibhaftiges Haberfeldtreiben. "Faut, is dei Haberfeld frei?" fragt der Haberfeldmeier, fed sich aus dem Kopfilde lehrend. Die 1. Nummer ist interessant vom Titelblatt bis zum Schlußbild: Da, kleiner, hast brav mitgeholfen. Wir empfehlen sie unseren Lesern für den billigen Preis von 10 s.

Soeben ist der 12. Halbjahresband der illustrierten Romanbibliothek "In freien Stunden" bei der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Die stattliche Reihe der bisher erschienenen Bände und die zahlreichen Freunde, die das Unternehmen

gewonnen hat, liefern den besten Beweis, daß es dem Verlage gelungen ist, die Schulnliteratur aus den Arbeiterkreisen mehr und mehr zu verdrängen. Der vorliegende Band bringt an leitender Stelle "Die drei Musketiere" von Alexandre Dumas, überaus reich und künstlerisch gelungen illustriert von J. Danberger. "Die drei Musketiere" ist eines der hervorragendsten Meisterwerke der Weltliteratur. Neben diesem Hauptroman enthält der Band die überaus spannende Erzählung "Die schwarze Galeere" von W. Raabe, in der der jüngst gefeierte Dichter eine Episode aus dem Heldentum der Niederländer gegen die Geißelherrenschaft der Spanier am Ende des sechzehnten Jahrhunderts behandelt. Die rohen Szenen des Krieges bilden den Hintergrund für den Liebesbund zweier junger Menschen. Auch von unserem allbekanntesten Veteranen Robert Schöndel enthält der Band einige kleine Novellen "Verbrochene Ketten" und "Der Mäthrer" und endlich bildet ein Märchen von Wilhelm Hauff den Schluß des interessanten Bandes, dessen Anschaffung auch Vereinsbibliotheken empfohlen werden kann. Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Abonnement mit dem dramatischen Roman "Der Goldmann" von M. Zolai. Abonnements nehmen alle Parteizeitungen, jeder Kolporteur und jede Buchhandlung entgegen. Ansichtshäfte werden auf Verlangen gern gratis geliefert.

**Briefkasten.**

**O. A. in G.** Warum senden Sie uns nur ein Stüd des Briefes? Daß die Sachlage dort so ist, daran zweifeln wir nicht; Inserate werden nicht mehr aufgenommen. Im Ubrigen scheint es uns, als ob auch Sie nicht ganz taktvoll gehandelt haben.

**Hannover, E. S.** Wenn der Sohn im Auftrage seines Vaters kündigte, ja.

**Stoll, S.** Warum aber alle Seiten beschreiben. Nur diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die Erwiderung zurückbleibt. Im letzten Augenblick läßt sich das lange Eingekaufte nicht umschreiben.

**E. L., 80022.** Darüber erfahren Sie am besten Näheres beim Vorhand.

**Freiburg, F. J.** Ist der Preßkommission eingeleitet.

**Pankow, F. U.** 1. Ja, 2. Larber giebt es mehrere Bücher; wir empfehlen Ihnen, sich eines derselben anzuschaffen. Preis M. 4,50 und 7,50.

**Halberstadt, B.** Frage 1. Die Nordb. Holzberufsgenossenschaft Sekt. VII ist zahlungspflichtig. 2. Ja; welche die beste ist, dürfte schwer zu sagen sein; immerhin würden Sie einen jährlichen Betrag von M. 20 zahlen müssen.

**G. B. G.** Eine solche Holzart kennen wir nicht. Meinen Sie Partridge oder Pimentholz? Potmosholz ist uns unbekannt.

\* Weiß jemand, wo eine gebrauchte Kammschneidemaschine zu kaufen ist?

\* Wer liefert große Posten in Eisenholz?

\* Herr Gustav Rieger, Kammschneidfabrikant in Braunschweig, theilt uns mit, daß er flache Figuren in Celluloid prompt und zu zivilen Preisen liefert.

\* Fertige Zigarrenkisten und geschnittenes Kistenholz liefern folgende Bremer Firmen: F. Bodemann, Am Teich, Posto & Co., Gr. Johannisstr., S. Dietrichs, Große Allee, Helmken, Westerstr., von der Hoop & Nordam, Westerstr., Penke & Bredehop, Ganerkamp, N. Dierks, Nordstr. Sämmtliche Firmen liefern in Ebern wie geheizt (Wirkem oder russische Erlen), roh geschnitten, gehobelt und von Maß gemacht und auch beklebt.

\* Zinkzulagen liefert Jakob Rabene und Söhne, Berlin, Wallstr. 5-8.

\* Firmenschilder für Pianos und Billards liefern Julius Homberg in Zeitz und W. Reinisch, Lignitz, Wörthstr. 7, C. Mallabar, Berlin O 34, Reichenstr. 54.

\* Regelflugeln aus Eisenholz liefert Herr Adolf Klassen, Frankfurt a. M., Gelnhäusergasse 6.

\* Allen Auskunftsgebern besten Dank.

**Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**

(C. S. 3 in Hamburg.)

Vom 27. Dezember bis 10. Januar gingen folgende Gelder ein: Altona M. 800, Rathenow 400, Hamburg II 500, Weigensee, Burg je 300, Bismarck, Moorburg, Hamburg I und III, Stettin, Bockenheim, Magdeburg, Deutz, Heilbronn je 200, Gillingen 170, Mühlburg, Schöneberg je 160, Liegnitz, Köpenick, Johanneurgensstadt, Birndorf, Gohlis, Weinheim, Geirichsdorf, Johanneppel, Emmerich, Kulmbach, Hannover, Eberfeld, Friedrichsroda, Leipzig III, Wahren je 150, Lüben 140, Rostock, Modan, Wilmshausen, Spiegelberg, Adim, Lorchbach, Amsbach, Muggensturm, Schmiedefeld, Köpchenberg, Reibitz, Trotha je 100, Walsum 94, Koburg 90, Welsheim, Delsnis je 80, Wilhelmshausen 78, Pfaffenwiesbach 70, Roswig 60, Peutenroda, Goldblauer, Waldbetten, Kahla, Tregenhof je 50, Freiburg i. Schl. 40, Guben 30, Summa M. 9202.

Vom 27. Dezember bis 10. Januar erhielten Zuschüsse: Berlin G. M. 1000, Berlin E 1200, Fürth, Stuttgart je 600, Wittenheim, Essen, Heidelberg, Niddorf je 400, Mainz 365, Döppau 340, Lampertshausen, Erfurt, Worms, Gumbelshausen, Vörsen, Darmstadt, Fachsenburg, Regensburg je 300, Mühlent-Glabach 250, Hermsdorf, Ravensburg, Dranienburg, Guntewitz, Vorch, Soffenheim, Göttingen, Düsselndorf, Neuwied, Rabenan, Dillmen, Giebichenstein, Brestau, Wachenbuden, Gamburg, Bunzlau, Draiz, Kleinhausen, Neu-Mün, Weinheim, Nördersdorf je 200, Driesen, Halberstadt, Lambach, Lindenthal, Posen, Schwarz, Wahrenshausen, Rödelheim, Kohnheim, Dirschheim, Bruch, Kleia, Homburg v. d. G., Böhlig, Ehrenberg je 150, Brigwall 125, Offenburg, Straßburg, Frankenthal, Kronach, Zerkelwalde, Merseburg, Briggwall, Sudenten, Forchheim, Saalfeld, Nasberg, Biorzig, Briggwall, Welschneuthal, Welschheim, Fritsch, Speyer, Quisburg, Reinstreit, Dämmwald, Weisshausen, Viberach, Bregenheim, Eckenoden, Niederwürschütz, Rhein-Göndheim, Rath-Heumar je 100, Quittelsdorf 80, Kressschau 75, Amöneburg, Bruchsal, Siebenlehn je 60, Mühlheim, Amsbach, Gräfenroda, Leikling, Kothenditlmold, Wetterzende je 50, Weisenheim 20, Summa M. 18 035.

Krankentüftung für Einzelmitglieder wurden durch die Hauptkasse bezahlt M. 2799,84. L. Jacobs, Hauptkassier.

**Berufsanzeiger.**

(Unter dieser Rubrik kostet jede Seite 10 A.)

**Altona.** Mittwoch, 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn P. Christianen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht der Verwaltung. 3. Neuordnung der Entschädigung für die Verwaltung. 4. Neuwahl der Verwaltung. 5. Verschiedenes.

**Die Ortsverwaltung.**  
NB. Die Mitgliedsbücher sind als Legitimation vorzuzeigen.

**Barmen.** Am Montag, den 19. Januar, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.

**Bergedorf.** Sonnabend, den 24. Januar.

**Charlottenburg.** Montag, 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstraße 8: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Hilfsdorf.** Dienstag, den 20. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8. — Sektion der Modellstreiker. Samstag, den 17. Januar, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Köhlerstr. 26.

**Halberstadt.** Sonnabend, den 24. Januar, bei Krankmann, Westendstr. 25.

**Hamburg.** Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 24. Januar, bei v. Salzen, Caffamacherreihe 17. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Ein Kapitel aus der Moralstatistik“. Referent: Herr Lauffötter. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl. 4. Verschiedenes.

**Niesa.** Sonnabend, 24. Januar: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Gesamtwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unseren Händen sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Wittenfeld.** Bevollm. Otto Wisk, Wisnackstr. 53. Kassirer Emil Zieger, Kaiserstr. 24. Die Reiseunterstützung wird beim Kassirer Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

**Braunschweig.** Bevollm. Rob. Prack, Weisstr. 59 a, 3. Et. Kassirer Herm. Feuer, Mittelweg 21. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung im „Gewerkschaftshaus“, Weber 32.

**Bremen.** Bevollm. Heinrich Meier, Findorffstr. 14. Kassirer Albrecht Friebel, Meierstr. 167. Herberge bei Herrn S. Biers, Starckenstr. 3.

**Eberwalde.** Bevollm. P. Schmidt, Wilhelmstr. 27. Kassirer Ed. Peters.

**Eilenburg.** Unsere Herberge befindet sich im „Restaurant zum Tivoli“, Hallestraße (Gewerkschaftshaus). Dasselbst wird die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Kollegen wollen nur diese Herberge besuchen.

**Gröningen i. W.** Reiseunterstützung wird von jetzt ab ausbezahlt Mittags von 12-1 und Abends von 7-9 Uhr bei Gottlieb Gubelmaier, Ablerstr. 1.

**Greiz.** Reiseunterstützung wird im Verkehrslokal „Restaurant zum Bergschlößchen“, Feldweg, ausbezahlt.

**Spandau.** Bevollmächtigter Hermann Bogler, Steinmeisterstr. 13, 1. Et. Kassirer Carl Thieme, Steinmeisterstr. 13, 3. Et. Reiseunterstützung bei Carl Rupprecht, Verkehrslokal, Wisnackstr. 6.

**Starnberg.** Bevollmächtigter Heinrich Hedemann, Hanselberstr. 85, 2. Et. Kassirer Georg Gehring, Hanselberstr. 85, 2. Et. Reiseunterstützung zahlt der Kassirer Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr aus. Die Herberge befindet sich im „Tusinger Hof“.

**Wernigerode a. S.** Bevollmächtigter Joh. Kießlich, Kohlgrabenstr. 9. Kassirer Aug. Jbe, Johannisstr. 22. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-9 Uhr aus. Verkehrslokal bei Herrn Wih. Stürmer, „Gasthof zur Stadt Stolberg“, Nöckentode.

**Mk. 200 Belohnung**

Demjenigen, der den Tischler Franz Scheld, geb. am 11. Juni 1867 zu Frankfurt a. M. ausfindig macht, um ihn zur gerichtlichen Zeugenvernehmung in Sachen Hermann Mack-Mannheim, Peter Goring-Hallock und Firma Fischer & Hoffinger-Friesenheim-Ludwigs-hafen laden lassen zu können. Franz Scheld hat bei der Firma Fischer & Hoffinger als Meister fungiert; er erhält die höchste Prämie bei Selbstfindung.

**Joseph Hassinger.**  
Friesenheim-Ludwigs-hafen a. Rh.,  
Eisenbahnstraße 27.

Für tüchtige Sopha- und Garniturenarbeiter sucht dauernde Stellung. Gef. u. K. N. 52 an die Exp. d. Blattes.

**Treppenbauer.**

Ein j. verh. Tischler, in allen Arten Treppenaufbau durchaus erfahren, sucht baldige Stellung. Gef. Off. u. T. Z. 51 an die Exp. d. Blattes.

Ein j. tücht. Drechsler sucht Stellung auf Bau und Möbel. Zu erfragen b. Landbriefträger Tiaz, Nikolausdorf, D.-L., Kreis Lauban.

Mehrere Stuhlbaner und Polierer erhalten sofort Stellung. Krause, Stuhlfabrik, St. Andreasberg i. Harz.

**Gesucht**  
tüchtige Dreher, auf feine Galanteriewaren, spez. Ouerholz gefibt.  
**Goldmann & Jamin,** Holzwaarenfabrik, Oberursel bei Frankfurt a. M.

**Tüchtige Stockpolierer**  
finden gute, dauernde Arbeit bei  
**Daniel Lorbe,** Stockfabrik, Rürnberg.

Zwei Korbmacher auf Roharbeit und Ballonkörbe stellt sofort noch ein  
**C. Hoffmann,** Korbfabrik, Kassel, Magazinstr. 8.

Zwei tüchtige, ledige Korbmacher, auf Rindermagen (Nagelarbeit) gefibt, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung in Schweden. Reisegeb. wird vergütet. Offerten an Gemla Leksaksfabriks Actiebolag, Ditt (Schweden).

Suche einen Korbmacher auf groß und grün Geflagen für dauernde und lohnende Beschäftigung. Verheiratheter bevorzugt.  
**Fr. C. Brämer,** Korbmachereimeister, Dramburg (Pommern).

Ein tüchtiger Korbmachergeselle auf groß Geflagen (Wass- und Reisekörbe) gesucht. Dauernde Stellung.

**Carl Nolte,** Korbmacher, Brüggel b. Elze (Pr. Hannover).



Umsonst und franko erh. jed. mein. Pracht-Katalog m. ca. 8000 Abbildung. v. Messer, Scheren, Sensen, Wägen, Fernrohre, Gold- und Silberwaaren etc. (uneingeschrieben). Empfehlung i. jed. Haushalt. Empfehlung unübertroffene Silberstahl-Rasiermesser mit Stahl zu 2 Mk., dito Diamantstahl 3 Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

**Fritz Hammesfahr,**  
Fische-Sollingen, Stahlw.-Fabr. u. Versand.

**Tischlerwerkzeuge Ia.**

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabriziert und hält auf Lager **H. Himstedt,** Hamburg, Lange Mühren 86/87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, sog. Ladenwaare führe ich nicht.)

**Magdeburger Pflaumen-Mus**  
dick u. süß, unübertroffen i. Geschmack billiger, bekömmlicher Brotbelag ab Magdeburg gegen Nachnahme:  
Post-Bischolmer . . . 9 Pfd. M. 2.-  
Blech-Eimer . . . 20 „ „ 3.50  
Emaille-Eimer . . . 25 „ „ 4.50  
Emaille-Kochtopf . . . 18 „ „ 3.90  
Emaille-Kochtopf . . . 20 „ „ 5.50  
Holzkübel, 30-60 Pfd. à Cr. „ 14.-  
Fässer, 100-300 „ „ „ 14.-  
**Oscar Bernhardt**  
MAGDEBURG. 77.

**C. Bratsch, Lackfabrik, Berlin-Reinickendorf.**

**Poliren u. Lackiren überflüssig.**  
Auf jedes rohe Holz kann durch einfachen Aufstrich mit  
**„Polisol“**, Berliner . . .  
Streichpolitur,  
ein vorzüglicher, spiegelglatter Hochglanz erzeugt werden.

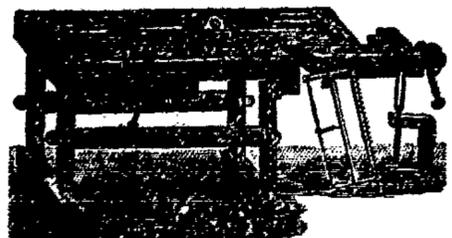
**Berliner Imprägnir-Präparat „Grundol“**  
Peren schliessend! Grundpoliren überflüssig!  
Sofort eine glatte Glanzdecke, auf der Politur, Lack u. Mattierung vorzüglich stehen!

**Fachschriften u. Lehrbücher**  
für Handwerker u. Gewerbetreibende.  
Kataloge gratis u. franko  
**JCH. SASSENBACH**, Bücher-Versand, BERLIN

Men! Men!  
**Der Bau hölzerner Treppen.**  
Mit besonderer Berücksichtigung der Konstruktion.  
Neu bearbeitet von **A. Obderbecke,** Direktor in Zerbst. — Preis M. 6.  
Zu beziehen durch die Expedition d. „Holzarbeiter-Zeitung“.

**Meinel & Herold**  
Harmonika-Fabrik  
Klingenthal (Sa.) Nr. 103.  
versenden unter Garantie direkt an die Spieler per Nachnahme ihre vorzüglichsten Harmonikas.  
**Nur 4 1/2 M.**

folgt eine solide Konz.-Zug-Harm. mit 10 Tasten, 60 nach. Stim. (2-chörig). Pa. Stahlfederung, off. Claviatur, 8-tel. (11-falt.) weit ausziehbares Balg mit Metall-schügelen, verlockte Metallbasstappen, Größe ca. 38 cm, dieselbe Harmonika, 3 softe Register, 3-chörig, 70 Stim., prächtiger Orgelton, kostet **nur 6 M.**  
Solbiererschule u. Holzflie amonst hierzu. 2, 3, 4, 6, 8-chörig; 2 u. 3-reih., sowie sogen. Wiener Harmonikas in üb. 120 Nr. raunend billig u. doch gut. Neuester Katalog (100 Seiten Part. m. 200 Abbild.) umsonst. Musikwerke, Violinen, Mundharm., Panbontons, Sitteln billigst. Garantie: Zurücknahme und Geld-remour. Kein Risiko. Ueber 5000 Dank-schreiben.



**Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.**  
**Titus Axen, Altona.**  
Preislisten gratis und franco.

**Tischler-Fachschule Detmold**  
Drei u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.  
**Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.**  
Zeichner, Werkführer, Meister.

**Sturm-Taschenfeuerzeug.**

Sehr elegante Ausführung, fein vernickelt.  
Sofort hat man durch eine kurze Umdrehung des Ringes nach rechts Licht, daher unentbehrlich für jeden Raucher.  
Kann zum Nothbehelf auch als Taschenlaterne gebraucht werden, dürfte bei keinem Raucher fehlen.  
Bequem in der Tasche zu tragen. In hochfeiner vernickelter Ausführung  
per Stück **Mk. 1,20**  
gegen Nachnahme. Porto 20 A extra.  
Ersatz-Amorces-Streifen pr. Dtzd. 25 A.

Umsonst und portofrei versenden unseren grossen illustrierten Hauptkatalog mit zirka 2500 Abbildungen über alle vorkommenden Waarengattungen.  
— Preise billigst! —  
Ia. Qualität Waare!

**E. von den Steinen & Cie., Wald 34**  
Stahlwaaren-Fabrik und Versandhaus.

**Paul Horn, Hamburg**  
Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36  
Fabrik chemischer Produkte.

**Paul Horn's** Mattpräparate (als Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.  
**Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.  
**Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf prächtvolle Farbentöne, sofort trocken.  
**Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.  
**Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig branchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.  
**Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.  
**Paul Horn's** Patent-Politur zum Reinpuliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.  
**Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.  
**Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.  
**Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.  
**Paul Horn** ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.  
**Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.  
**Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.  
**Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.  
**Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**